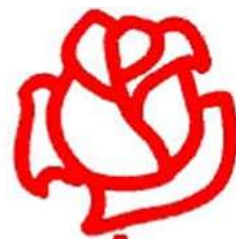


# Monatsspiegel



April 2022

# SPD

## Erlangen



Adressaufkleber

## Nein zum Krieg in der Ukraine

Am 24.2.2022 wurde es traurige Realität: In Europa herrscht wieder Krieg. Wir haben es nicht für möglich gehalten. Viele hatten gehofft, es handle sich beim Truppenaufmarsch vor den Grenzen der Ukraine um eine bloße Drohgebärde. Putin hat mit seinem völkerrechtswidrigen Angriff auf einen souveränen Nachbarstaat alles über den Haufen geworfen, was seit dem zweiten Weltkrieg als Konsens angesehen wurde. Ein einzelner alter Mann, der die Geschichte zurückdrehen will und ein neues Großrussisches Reich errichten will hat dies getan. Putin, der die Demokratie im eigenen Land erstickt und in Ketten legt und der es nicht erträgt, wenn ehemals unter sowjetischem Einfluss stehende Staaten sich auf den Weg in die Freiheit machen.

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen und fragen uns, war es naiv, anzunehmen, die Zeit nationaler Kriege, die Zeit von Panzern und Raketen, die Zeit von Aufrüstung und Gewalt liege in Europa hinter uns?

Die Ankündigung unseres Bundeskanzlers, mehr Geld in die Bundeswehr zu investieren und dafür ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro aufzulegen, erscheint angesichts der Bedrohung verständlich. Wichtig ist dabei eines: Die Bundeswehr darf nicht Teil einer neuen Aufrüstungslogik sein. Eine Armee zur Verteidigung des eigenen Landes und auch unseres Bündnisses scheint heute wichtig und unverzichtbar. Dabei sollte aber unbedingt darauf geachtet werden, dass bei allem Ausbau die Nicht-Angriffsfähigkeit der Bundeswehr bestehen bleibt

■ **Von Sandra Radue**  
Vorsitzende



und dass der Parlamentsvorbehalt gilt. Die Ausstattung der Bundeswehr darf nicht auf Kosten anderer Bereiche gehen, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wichtig sind. Exemplarisch nenne ich hier den sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft.

Die Waffenlieferungen in die Ukraine sind ein zweischneidiges Schwert. Ich denke gerade angesichts von Putins Angriffskrieg ist es legitim, wenn die Ukraine das Recht einfordert, ihre Demokratie, ihre Freiheit und das Leben

Fortsetzung auf Seite 3

## ■ Termine

05.04.		Jusos: Sitzung	Präsenz oder digital	S. 31
06.04.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktssitzung	Schlossgaststätte	S. 27
06.04.	19:00	„Was tut sich im Stadtwesten?“ - Vor Ort Termin	Gasthof GÜthlein	S. 29
12.04.	19:30	Distrikte Innenstadt und Ost: Gemeinsame Sitzung	Kaiser Wilhelm	S. 26
15.04.		Jusos: Sitzung	Präsenz oder digital	S. 31
21.04.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Blaue Traube im Turnerbund	S. 03
27.04.	20:00	Distrikt Süd: Distriktssitzung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 26
07.05.	10:00	Fehlerfreundliche & inklusive Mobilität	Saal des Vereins Dreycedern e.V.	S. 11 u. S. 30
11.05.	20:00	AK Umwelt und Energie: Sitzung	Jitsi (digital)	S. 31

### Kontakt

**Kreisverband Erlangen-Stadt**  
 Vorsitzende: Munib Agha und Sandra Radue  
 Mitarbeiter: Christian Wonnerth  
 Friedrich-List-Straße 5,  
 91054 Erlangen  
 Telefon: 09131-8126522  
 Fax: 09131-8126513  
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de  
 Internet: www.spd-erlangen.de  
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,  
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

**Bürozeiten:**  
 Montag 12:00 bis 16:00 Uhr  
 Dienstag bis  
 Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr  
 sowie nach Terminvereinbarung

**SPD-Stadtratsfraktion Erlangen**  
 Vorsitzende: Barbara Pfister  
 Geschäftsführerin:  
 Katja Rabold-Knitter  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen  
 Telefon: 09131-86-2225  
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de  
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

#### Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr  
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr  
 Mittwoch geschlossen  
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr  
 Freitag geschlossen

### Impressum

**Herausgeber**  
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen  
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

**Redaktion und Mitarbeit:** Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Christian Wonnerth  
**Mitarbeit bei dieser Ausgabe:** Munib Agha, Helmut Aichele, Stefan Barth, Monika Fath-Kelling, Damjana Kapetanovic, Lisa Kaufmann, Volker Lang, Günter Laurer, Gisela Niclas, Barbara Pfister, Sandra Radue, Dieter Rosner, Mark Schuster

**Druck:** Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth  
**Auflage:** 700 Stück

der Menschen verteidigen zu wollen. Es ist unerträglich, anzusehen, wie Krankenhäuser und Schulen, Wohnhäuser und Kindergärten in Schutt und Asche gelegt werden. Putin bricht hier Völkerrecht. Die überraschend große Mehrheit der UN-Vollversammlung hat dies auch klar so benannt.

Und dennoch ist es meine feste Überzeugung: Waffen können keinen Frieden schaffen. Und Frieden ist es, was sich die Menschen in der Ukraine am meisten wünschen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass auf allen Kanälen und mit allen Kräften versucht wird, in einem ersten Schritt eine Waffenruhe und dann Friedensverhandlungen herbeizuführen. Eine friedliche Welt entsteht nicht durch Aufrüstung und Abschreckung. Das langfristige Ziel sind weltweite Abrüstungsbemühungen und die Abschaffung atomarer Waffen jeglicher Art.

Dies erreichen wir nur mit Dialog zwischen den Völkern. Städtepartnerschaften und kultureller Austausch sind in diesen Zeiten wichtiger denn je. Unsere Partnerschaft mit Wladimir, die seit 39 Jahren besteht, hat einen groß-

en Beitrag dazu geleistet, dass zwischen Russland und Deutschland Annäherung und Versöhnung gedeihen konnten. Daher lehnen wir alle Anträge, die Partnerschaft mit Wladimir ruhen zu lassen, entschieden ab.

Denn auch in Russland sind viele Menschen gegen diesen Krieg. Dies dort zu sagen, erfordert sehr viel Mut. 15 Jahre Straflager drohen allen, die dieses Unrecht benennen und dagegen protestieren. Lasst uns auch diese Menschen nicht vergessen. Ihre Stimmen sollen nicht ungehört erstickt werden. Sie sind die Hoffnung für einen Wandel in Russland. Und deshalb ist es wichtig, es immer wieder zu sagen: Das ist nicht der Krieg Russlands, es ist Putins Krieg.

Unsere Gedanken sind bei allen Menschen, die in Russland gegen diesen Krieg auf die Straße gehen. Wir denken an alle Menschen, die in Kellern und U-Bahnhöfen Schutz vor Bomben und Raketen suchen. Und wir fühlen mit allen Menschen, die vor diesem Krieg fliehen, ihre Heimat verlassen und oft auch geliebte Menschen zurücklassen müssen. Lasst uns diese Menschen mit offenen

Armen begrüßen. Unsere Stadtverwaltung ist bereits dabei, Notunterkünfte herzurichten und die Unterbringung in privaten Wohnungen und Hotels zu koordinieren. Dies ist in Zeiten der Pandemie eine große Herausforderung und verdient unseren großen Dank. Und auch für die Zukunft wird es nötig sein, dass die große Welle der Solidarität, die wir gerade erleben, nicht abebbt. Dabei ist aber auch eines wichtig: Die Flucht vor Krieg und Gewalt geschieht weltweit. Bisher haben wir nicht immer so großzügig unsere Grenzen geöffnet. Einfacher war es, wegzuschauen, wenn Menschen im Mittelmeer ertranken oder an der Grenze zwischen Belarus und Polen erfroren. Ich wünsche mir, dass wir hier kein Zwei-Klassen-System von Flüchtenden etablieren. Denn Krieg ist schrecklich – immer und überall. Hoffen wir, dass dieser Krieg – aber auch Kriege weltweit - bald ein Ende finden, Geflüchtete in ihre Heimat zurückkehren können, und dass sie dort in Frieden und Demokratie leben können.

## Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zur

### Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, 21. April 2022, 20:00 Uhr**  
**Blau Traube (im Turnerbund), Spardorfer Str. 79**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Friedenspolitik in der SPD  
Diskussion mit Vertreter\*innen der AsF, AG 60plus und Jusos
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Munib Agha

Sandra Radue

# Sozialdemokratische Politikerin mit klugem Kopf und heißem Herz

## Sandra Radue zum 50. Geburtstag

■ **Von Barbara Pfister**

Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion  
**und Dieter Rosner**  
Sozialreferent der Stadt Erlangen

Sandra Radue wird am 10. April 50 Jahre alt - und wir freuen uns sehr, dass wir einer guten Freundin und langjährigen politischen Weggefährtin hier sehr herzlich gratulieren dürfen. Wir tun dies im Namen des SPD-Kreisverbandes Erlangen wie der Stadtratsfraktion. Die Erlanger SPD ist, so hat es Sandra

in ihrer Bewerbung als Kreisvorsitzende Anfang letzten Jahres beschrieben, zu ihrer politischen Heimat geworden. Daran, dass viele Genossinnen und Genossen sich in der Erlanger SPD mit ihren Überzeugungen zu Hause fühlen, hat Sandra in den letzten zwei Jahrzehnten, in denen sie im SPD-Kreisverband in unterschiedlichen Funktionen aktiv ist, wesentlichen Anteil. Denn sie hat Spaß an der politischen Arbeit, ist aufgeschlossen, sympathisch, klug, vermittelnd, humorvoll und zugewandt, hat hohes Einfühlungsvermögen, ist

kommunikativ und zuverlässig, und bietet Orientierung. Kurzum: Sie ist eine ideale Vorsitzende der Erlanger SPD und wir können uns glücklich schätzen, dass sie diese verantwortungsvolle Aufgabe zusammen mit Munib Agha im letzten Jahr übernommen hat.

Geboren und aufgewachsen ist Sandra in Kulmbach, sie hält bis heute engen Kontakt in die Region. Ehrenamtlich aktiv war sie zunächst in der evangelischen Jugend. Ihre liebevolle Großfamilie, die Erfahrungen in der kirchlichen Jugend-

## Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im April Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.04. Marianne Titiz  
77 Jahre

01.04. Renate Habermeier-Straube  
81 Jahre

01.04. Wolfgang Kummer  
74 Jahre

03.04. Irina Seide  
75 Jahre

04.04. Gerd Peters  
79 Jahre

09.04. Klaus Schramm  
83 Jahre

09.04. Wolfgang Niclas  
70 Jahre

14.04. Martin Böller  
81 Jahre



15.04. Frank Eschenbacher  
65 Jahre

15.04. Manfred Symanek  
90 Jahre

15.04. Wolfgang Barth  
65 Jahre

17.04. Harald Völker  
70 Jahre

19.04. Renate Bauer  
70 Jahre

20.04. Armin Braun  
83 Jahre

20.04. Claus Uhl  
83 Jahre

20.04. Waltraut Symanek  
88 Jahre

22.04. Heinrich Häusinger  
84 Jahre

24.04. Herbert Ziegler  
74 Jahre

27.04. Heide Wegener  
90 Jahre

27.04. Heidrun Schroeder  
85 Jahre

28.04. Brunhilde Hummich  
82 Jahre

arbeit und ihre anschließende Sozialisation bei den Jusos während und nach ihrem Studium der Pädagogik in Eichstätt und in Weißenburg haben sicher den Grundstein gelegt für einen christlichen Wertekompass, ein positives Menschenbild, einen ausgeprägten Sinn für soziale Gerechtigkeit und das Streben nach solidarischem und friedlichem Handeln in der einen Welt, die Sandra bis heute auszeichnen.

Als demokratische Sozialistin ist sie davon überzeugt, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen gemacht und deshalb auch von Menschen veränderbar sind. Das betrifft das Verhältnis der Menschen untereinander und zur Natur und auch das Verhältnis der Geschlechter. Dass das Private politisch ist und Gleichberechtigung ein zentrales Ziel, ist nicht nur ein theoretisch formulierter Anspruch, sondern zeigt sich auch daran, wie Sandra und ihr Mann Christofer die Vereinbarkeit von Familie, Politik und Beruf in einer gleichberechtigten Partnerschaft vorleben und weiterentwickeln.

Dieses Grundverständnis einer Politik des gleichen Rechts aller Menschen auf Teilhabe prägt auch Sandras Tätigkeit in der Erlanger SPD, in der sie viele Jahre in den Distrikten Anger und Ost an der Basis mitgearbeitet hat. Voller positiver Energie, mit neuen Ideen und engagierten Aktionen, die das SPD-Leben vor Ort erfrischend belebt und bereichert haben, übernahm Sandra dann 2009 bis 2021 das Amt der stellvertretenden Kreisvorsitzenden. In 12 Jahren hat sie enorme Verantwortung übernommen und wesentlichen Anteil an den Erfolgen der Erlanger SPD bei Wahlen und in der positiven Wahrnehmung der SPD in der Stadtgesellschaft.

Sandra ist eine echte Teamworkerin, eine Macherin und Gestalterin, die Spaß hat am Diskutieren, an der Begegnung mit Menschen, am Organisieren und Umsetzen von Projekten, seien es inhaltliche Veranstaltungen, Feste oder Neumitgliedertreffen, Partei Jubiläen oder Ehrungs-KMVs oder auch kreative

Veranstaltungsformate mit den Erlanger Bürger\*innen wie „Auf die Plätze!“. Ihr ist es mit zu verdanken, dass die Erlanger SPD eine echte Mitmachpartei ist.

Es ist ihr ein Herzensanliegen, das soziale Leben der Partei zu stärken, eine gute, offene Diskussionskultur zu entwickeln und mit neuen Formaten unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. Trotz ihres engen Terminkalenders packt sie überall mit an und übernimmt den Aufbau von Infoständen genauso selbstverständlich wie das Plakatieren oder Tür-zu-Tür-Termine in den Wahlkämpfen.



Dabei kommen Inhalte jedoch niemals zu kurz. Sie legt großen Wert darauf, politische Themen und Positionen nach innen zu klären und dann konsequent nach außen zu vertreten, eigene Positionen immer wieder zu reflektieren und Entscheidungen zu überdenken. In Zeiten von fake news und zunehmender Unübersichtlichkeit gelingt es ihr, Vertrauen in unsere Politik zurückzugewinnen.

Sandra ist dabei, was die eigene Person angeht, eher zurückhaltend. Im Vordergrund zu stehen, hat sie oft lieber anderen überlassen. Aber gerade in ihrer neuen Rolle als Vorsitzende des Kreisverbandes nimmt sie auch die Herausforderungen und Chancen des

öffentlichen Auftritts bewusst wahr - und das ist gut so. Sie zeigt öffentlich Flagge und gibt dem SPD-Kreisverband Erlangen Stimme und Gesicht nach innen bei internen Sitzungen und Mitgliederversammlungen und nach außen bei Veranstaltungen oder – herausragend - bei den aktuellen Kundgebungen gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Auch in diesem Feld ist sie nie als Einzelkämpferin unterwegs, sondern sorgt dafür, dass Mitstreiter\*innen sich einbringen können, die SPD sich in ihrer Vielfalt zeigt und insbesondere mehr Frauen zu Wort kommen.

Mit großem Elan, ihrer politischen Erfahrung und strategischem Blick, Begeisterungsfähigkeit und Freude an der Arbeit an den gemeinsamen Zielen, mit denen sie viele andere ansteckt, hat Sandra die Wahlkämpfe 2014 und 2020 in der Wahlkampfleitung mitgeprägt. Ihre fundierten Beiträge zu unseren Kommunalpolitischen Programmen haben die Grundlagen für die inhaltliche Ausrichtung unserer Politik für die „Stadt für Alle“ mitgeschaffen. In unzähligen Begegnungen mit unterschiedlichsten Menschen, deren Anliegen sie stets ernst nimmt, beweist sie ihre Qualitäten als Zuhörerin und Problemlöserin. In Fraktion und Stadtrat vertritt sie seit 2014 mit hoher Kompetenz und großem

rhetorischen Geschick unsere Positionen in der Bildungspolitik. Sandra ist es zu verdanken, dass in Stadtratsgremien und Verwaltung, gegenüber Öffentlichkeit, Schulen und Elternbeiräten sehr klar erkennbar ist, dass die SPD-Fraktion entschieden für Bildungsgerechtigkeit, den Abbau von Benachteiligungen, qualitätsvolle Ganztagsbildung und gut ausgestattete Schulen eintritt. Ihr Verhandlungsgeschick und ihre Fähigkeit, konkrete Lösungen voranzutreiben, hat sie u. a. bei einem Projekt zur Förderung von Kindern mit Rechenschwäche beeindruckend unter Beweis gestellt. Volkshochschule und Stadtbibliothek, die ihr als Garanten für den Zugang zu Bildung für alle Menschen gelten, widmet sie besonderen Einsatz, gerade

auch unter dem Blickwinkel von Inklusion und Integration. Sie engagiert sich für die Interessen der Bürger\*innen ihres Stadtteils, wo sie hervorragend vernetzt ist, und geht Problemen mit großer Hartnäckigkeit auf den Grund. Als Fraktionsmitglied zeichnet sie sich darüber hinaus aus durch ihr großes Interesse an vielen anderen Themengebieten wie der Stadtplanung, der sozialen Teilhabe oder der Umwelt- und Klimapolitik aus. Ihre loyale Haltung, ihre inhaltlich

immer sehr klaren Beiträge zu kontroversen Diskussionen, ihre konstruktive Kritik und ihr wertschätzender Umgang mit ihren Fraktionskolleg\*innen, Stadträt\*innen anderer Fraktionen und städtischen Mitarbeiter\*innen macht sie zu einer sehr wichtigen Stütze der Fraktionsarbeit.

Liebe Sandra, für deinen unermüdlichen und herausragenden Einsatz für unsere gemeinsamen Ziele, für den Ausblick

auf eine bessere Gesellschaft, den du uns durch deinen fairen und offenen Führungsstil, durch deine Warmherzigkeit, Empathie und persönliche Glaubwürdigkeit vermittelst, für deine Unterstützung und Freundschaft danken wir dir von Herzen. Alles Gute, weiterhin viel Erfolg und Freude bei der gemeinsamen politischen Arbeit!

Dieter Rosner und Barbara Pfister

# Töchter des Aufbruchs – Lebenswege von Migrantinnen unterschiedlicher Generationen

## ■ **Von Damjana Kapetanovic**

Beauftragte für Integration & Migration  
**Lisa Kaufmann**  
stv. Kreisvorsitzende

Am 6. März veranstaltete der Kreisverband SPD Erlangen im Rahmen des Programms zum internationalen Frauentag eine Filmmatinee im Kulturpunkt Bruck, bei welcher der Dokumentarfilm "Töchter des Aufbruchs" vorgestellt wurde. Die Regisseurin Uli Bez kam in Begleitung der über 80-jährigen Darstellerin Eleni Tsakmaki extra aus München angereist. Zudem war die Erlanger Musikerin Janet Shakil vor Ort und es wurde eine kleine Pre-Premiere des von Janet Shakil komponierten Soundtracks für den demnächst erscheinenden Folgefilm gegeben. Der Raum war mit über 40 Teilnehmer:innen in "Distanz-Bestuhlung" und unter Einhaltung sämtlicher Hygienemaßnahmen hervorragend besucht und auch die angebotene Kinderbetreuung wurde genutzt.

Damjana Kapetanovic, Vorstandsmitglied der SPD Erlangen und Beauftragte für Integration & Migration, moderierte die Veranstaltung gleichermaßen stark wie einfühlsam.

In ihrer Ansprache zu Beginn zitierte Damjana den schweizerischen Schrift-

steller Max Frisch: „Wir riefen die Arbeitskräfte und es kamen Menschen“, schrieb dieser bereits im Jahre 1965. Worte, die bis zum heutigen Tag unzählige Male wiederholt, ausgesprochen und geschrieben worden sind.

Ja, es kamen die Menschen!

Heute noch besteht jedoch das Bild einer männlich dominierten „Gastarbeitermigration“ aus den 1950er bis 1970er Jahren.

Vergessen wird dabei, dass ein zentrales Element der deutschen Beschäftigungspolitik die Anwerbung von Arbeitsmigrantinnen war. Es kamen Ehefrauen, Töchter, Schwestern... Die Mütter sind gekommen! Sie kamen nach Deutschland, um hier zu arbeiten, in der Hoffnung, sich einen

besseren Verdienst zu sichern, in der Hoffnung, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Aufgrund der harten Arbeitszeiten und des Mangels an Kinderbetreuung mussten manche ihre Kinder bei den Großeltern oder Ver-

wandten im Heimatland zurücklassen. Ihre Herzen schmerzten bei den Abschieden, aber ihr Wunsch nach einem besseren Leben für ihre Familienmitglieder tröstete sie darüber hinweg und bekräftigte sie in dem Gedanken, dass



Janet Shakil (Foto: Lisa Kaufmann)

es sich lohne, diesen Weg zu gehen. Damals wurden ihre Stimmen nicht gehört und auch heute werden ihre Geschichten zu selten erzählt.

Uli Bez, die Dokumentarfilmemacherin, Regisseurin und Autorin des Films "Töch-

ter des Aufbruchs“, hat diesen Frauen und ihren Geschichten eine Plattform gegeben. Sie würdigt die arbeitenden Frauen mit Migrationsgeschichte, welche das Nachkriegsdeutschland mit aufgebaut haben, hörte den Frauen zu und tauchte in ihre Welt der Erinnerungen ein. Sie überließ den Fluss des Films den Geschichten dieser Frauen, den Töchtern des Aufbruchs.

Denn um die bereits Anfang des 20. Jahrhunderts durch Clara Zetkin geforderte politische Teilhabe aller Frauen wirklich zu ermöglichen, müssen wir mit den Frauen reden, nicht über sie. Gerade mit den Frauen, die besonders stark von sozialer Ungerechtigkeit betroffen sind, jedoch aufgrund ihrer Situation nicht für sich selbst kämpfen können. Prekär beschäftigte Alleinerziehende haben beispielsweise nicht den finanziellen Rückhalt, um sich für den eigenen Arbeitsschutz oder faire Löhne einzusetzen.

Eleni Tsakmaki ist eine Tochter des Aufbruchs. In Thessaloniki geboren, zog sie vor über 60 Jahren nach München, wo sie auch heute noch lebt. Frau Tsakmaki erzählt dem Publikum im Kulturpunkt Bruck, wie sie erst vor zehn Jahren endgültig aufgehört habe, an ihre Rückkehr in die alte Heimat Griechenland zu denken. Der Grund dafür sind ihre drei Kinder, sieben Enkel und ihre zahlreichen Urenkel. Ihr ereignisreiches Leben hat sie in den letzten 30 Jahren zur Schriftstellerin inspiriert: 13 Bücher und sechs Theaterstücke hat Frau Tsakmaki in dieser Zeit verfasst und hierfür bereits mehrere Ehrungen erhalten.

Ebenfalls in der an den Film anschließenden Diskussionsrunde vertreten war Frau Safiye Erol. Die Familie von Frau Erol war eine der ersten »Gastarbeiterfamilien«, die in Erlangen ankamen. Frau Erol schlüpfte sehr schnell in die Rolle der Dolmetscherin, Unterstützerin und Begleiterin für andere Mitbürger mit türkischen Wurzeln. Unter anderem gründete sie einen internationalen Frauentreff, setzte sich als Betriebsrätin ein und erhielt für ihren Einsatz den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland sowie den Ehrenbrief der Stadt Erlangen für soziale Verdienste. Komplettiert wurde das Podium durch eine weitere Erlangerin, Janet Shakil. Sie ist Sängerin, Rapperin, Songwriterin, Model, studierte PR-Managerin und Technikjournalistin. Frau Shakil repräsentiert die junge Generation und hat für die filmische Fortsetzung von »Töch-

ter des Aufbruchs“ den Soundtrack »Fliegen« geschrieben und eingesungen. Die anwesenden Personen durften in das Lied bereits vorab der Veröffentlichung reinhören und auch durch die Wortbeiträge von Uli Bez und Janet Shakil wurde der Saal



v.l.n.r.: Safiye Erol, Eleni Tsakmaki, Janet Shakil, Uli Bez (Foto: Sandra Radue)



## Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen  
Tel. 09131/4 32 26

### Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

### Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr  
im E-Werk an der Fuchsenwiese,  
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat  
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,  
Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat  
von 17.00 - 19.00 Uhr im  
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,  
Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden  
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr  
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer  
Vereinbarung, Tel.: 43226  
(Montag bis Freitag von  
9.00 - 12.00 Uhr)

### Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

auf den demnächst erscheinenden Folgefilm neugierig gemacht. Wir waren und sind uns einig, dass auch die Fort-

setzung eine Vorführung in Erlangen erhalten soll.

Die diesjährige Veranstaltung beendete

Damjana Kapetanovic mit einem Hinweis auf das Motto des Internationalen Frauentages:

#BreakTheBias

Die Initiator\*innen rufen damit auf, eine Welt frei von Stereotypen, Vorurteilen und Diskriminierung zu erschaffen. Eine Welt die vielfältig, gleichberechtigt und integrativ ist. Eine Welt, in der Unterschiede gewürdigt und gefeiert werden.

Wir sind mit unserer Veranstaltung sicher einen kleinen Schritt auf dem langen Weg zum Erfolg dieser Mission gegangen.

Im Anschluss an den Applaus verweilten viele Teilnehmer:innen noch im Saal und nutzten die Gelegenheit zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch miteinander.

Für diese überaus gelungenen Veranstaltung möchten wir uns bei all denen, die mitgewirkt haben an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken.



(Foto: Sandra Radue)



# Girokonten für die ganze Familie

## Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

**direkt GIRO:** Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

**classic GIRO:** Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

**mein GIRO:** Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag<sup>1</sup>.

**Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:  
Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)**

Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlungsfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

<sup>1</sup> Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022



[sparkasse-erlangen.de/giro](https://sparkasse-erlangen.de/giro)



# Wolfgang Niclas wird 70 Herzlichen Glückwunsch!

■ **Von Munib Agha**  
Kreisvorsitzender



Im Namen des SPD-Kreisverbandes Erlangen und der SPD-Stadtratsfraktion gratuliere ich Wolfgang Niclas sehr herzlich zu seinem 70. Geburtstag. Wir wünschen ihm viel Gesundheit, Glück und weiterhin die Ideen- und Schaffenskraft für arbeitnehmerbezogene und soziale Belange. Damit unsere Stadt auch weiterhin von seinem Engagement für Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität profitiert, insbesondere hinsichtlich der Herausforderungen im Bereich der Integration.

Wir sind froh darüber, dass er der SPD Erlangen-Stadt, der er seit Mai 1989 angehört, weiterhin

mit Rat und Tat und in kritischer Solidarität beiseite steht und mit seinen pointierten und orientierenden Beiträgen in den Bereichen der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, und Sozialpolitik die Debatten in der Partei prägt.

Geboren und aufgewachsen ist Wolfgang in Witten an der Ruhr, im Pott nicht weit entfernt von Dortmund. Bereits in den Schulferien jobbte er in der Fabrik oder auf dem Bau. Schon als Jugendlicher war ihm also bewusst unter welchen Bedingungen Arbeiter:innen malochen mussten. Die theoretische Analyse dieser Bedingungen lernte er nach seinem Abitur als er das Studium der Sozialwissenschaften, Philosophie und Politologie in Bochum und Mar-

burg aufnahm / absolvierte. Zu dieser Zeit lehrten die Schüler von Wolfgang Abendroth, dem Begründer der Marburger Schule, an der Philips-Universität wie Frank Deppe oder Georg Fülberth. Sie beschäftigten sich unter anderem mit den materiellen Widersprüchen, die durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugt werden, mit der historischen Entwicklung der Klassenkämpfe und welchen Einfluss dies auf das politische



System sowie der Rechts- und Verfassungsordnungen der Bundesrepublik Deutschland hatte. Seine Erfahrungen aus dem Pott und die theoretische Fundierung aus dem Studium legten die Basis für seine gewerkschaftliche Arbeit. Schon während des Studiums arbeitete er als Bildungsreferent für den DGB und die IG-Metall. Nach dem Abschluss als Diplom-Politologe kam der

Wechsel in die Abteilung „Angestellte“ des DGBs. In Frankfurt fällt dann auch seine Familiengründungsphase. 1979 die Heirat mit Gisela, die beim IG-Metall Vorstand als Gewerkschaftssekretärin arbeitete, 1980 und 1984 kamen ihre Kinder Boris und Rosa zur Welt. 1987 zieht Wolfgang mit seiner Familie nach Erlangen und übernimmt die Geschicke beim DGB Erlangen als deren Vorsitzender und als erster Bevollmächtigter der IG-Metall. In den letzten 35 Jahren hat Wolfgang als Gewerkschafter und Sozialdemokrat die regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entscheidend mitgeprägt. Um nur einige Punkte zu erwähnen:

Von Beginn an warb Wolfgang für eine

aktive Strukturpolitik und begleitete unter anderem den Strukturwandel bei Gossen. Er unterstützte mehrere Kooperationsprojekte der Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen wie den Zweckverband Gewerbepark, der von der CSU 1996 fatalerweise eingestampft wurde. Nach dessen Liquidierung trieb er die Entwicklung des Wirtschaftsforums in der Metropolregion voran. Auch wenn andere dafür die Lorbeeren kassierten, war es Wolfgang Niclas der bereits Anfang der 90er Jahre anregte Erlangen als Medizinstadt voranzubringen. Infolgedessen entstand auch das IZMP, also das heutige Medical Valley Center. Von der ersten Stunde an ist er Unterstützer der Stadt-Umland-Bahn und beteiligt sich an der Entwicklung des StUB-Konzepts. Für die von ihm initiierte „konzertierte Aktion“, um den Standort Erlangen von Siemens Med zu halten bekam er den Ehrenbrief Wirtschaft der Stadt Erlangen verliehen.

Im Mai 2014 ging es für Wolfgang in den (Un-)Ruhestand. Unruhestand, nicht nur weil er bis Ende letzten Jahres noch Vorsitzender des DGB Erlangens gewesen ist, sondern weil er insbesondere seinen Einsatz für mehr gesellschaftliche Teilhabe armer Menschen in Erlangen unermüdlich fortsetzt. Nach unserem Wahlsieg 2014 bei der Kommunal- und OB-Wahl reformierten und demokratisierten wir den Sozialbericht der Stadt Erlangen. Er wurde nach der Erstellung nicht mehr ad acta gelegt, es wurden konkrete Felder benannt in denen gehandelt werden muss, um mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Erlangen sind wir in den letzten Jahren einen großen Schritt vorangekommen. Gemeinsam mit weiteren Akteur:innen ist es Wolfgang gelungen Betroffene zu überzeugen sich aktiv einzubringen, die nun unter anderem bei den jährlich stattfindenden Arbeitsmarktkonferenzen ihre Sichtweise schildern und Vorschläge für Verbesserungen machen. Die Erlanger Arbeitsmarktkonferenzen gelten deswegen bundesweit als Best Practice. Aus den Arbeitsmarkt-

konferenzen heraus entstand auch die Idee des heutigen Café Hergricht, wo mehrere öffentlich geförderte Arbeitsplätze entstanden sind.

Ein anderes wichtiges Handlungsfeld ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Mit dem Sozialratschlag entwickelte Wolfgang Niclas das Konzept der Kooperativen Planung, das zum einem bei Nachverdichtungen die Bedürfnisse der Anwohner:innen des betroffenen Stadtteils berücksichtigen und zum anderen ein Bewusstsein dafür schaffen soll, wie dringend das Schaffen von zusätzlichen bezahlbaren Wohnungen ist.

Da nicht nur die Arbeitskraft die Quelle gesellschaftlichen Reichtums ist, sondern auch die Natur, ist es für Wolfgang

als Gewerkschafter immer logisch gewesen die Kämpfe miteinander zu verbinden und auch aktiv die negativen Folgen unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise zu bekämpfen. Auf jeder Demo von Fridays for Future hält er die Fahne der Gewerkschaften und des Sozialratschlages hoch und wirbt in den Gewerkschaften und den Betrieben dafür sich mit den Demonstrant:innen zu solidarisieren, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen und Gemeinsamkeiten auszuloten. Er ist dabei nie müde zu betonen, dass sich Gewerkschaftsarbeit nicht nur auf Betriebs- und Tarifpolitik beschränkt, sondern dass man als Gewerkschafter immer auch das große Ganze sehen muss: Für eine gerechtere

Welt zu kämpfen, die wir uns – wie Klaus Staeck auf einem seiner bekannten Plakate richtig anmerkt – bloß von unseren Kindern geborgt haben.

Lieber Wolfgang,  
in diesem Sinne wünsche ich uns, dass Du uns weiterhin mit Deinen wichtigen und orientierenden Impulsen und Debattenbeiträgen lange erhalten bleibst! Ich wünsche Dir zu Deinem Geburtstag alles Gute, viel Gesundheit und Freude, Muße für Dich und Deine Familie, und den Mut, mit uns gemeinsam weiter an den Zielen zu arbeiten, die uns zusammengeführt haben.

Freundschaft!

## Aktuelles aus dem Bezirkstag

■ **Von Gisela Niclas**  
Vorsitzende der SPD-  
Bezirkstagsfraktion



Liebe Genossinnen und Genossen,  
nach einer längeren Informationspause im MS berichte möchte ich euch heute zunächst einen Überblick geben über meine „Baustellen“ im Bezirkstag. In den nächsten Monaten werde ich dann auf Schwerpunkte eingehen. Bitte, seht mir die Pause nach. Das ganze letzte Jahr war ich krankheitsbedingt in meiner Arbeitsfähigkeit sehr eingeschränkt. Ich hoffe, 2022 gestaltet sich in dieser Hinsicht etwas freundlicher.

### **Danke**

Zunächst ein Dank. Viele von euch haben mir zur Verleihung der Bayerischen Kommunalen Verdienstmedaille in Silber gratuliert. Ich danke euch für diese Zeichen der Verbundenheit und Wertschätzung. Ich habe mich sehr darüber gefreut. Mit Ehrungen wie dem „Bayernsilber“ im Januar 2022 oder dem Bundesverdienstkreuz in 2017 wurde ich als Person besonders hervorgehoben. Klar macht mich das stolz. Aber eigentlich geht es nicht in erster Linie um mich als Person. Es geht vor allem um das, wofür wir alle gemeinsam stehen: Für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an Bildung und Arbeit, Ge-

sundheit und sozialer Sicherheit, Kultur und Politik; für eine vielfältige, offene Gesellschaft, in der Achtsamkeit und Respekt das Miteinander prägen und nicht Ausgrenzung und Diskriminierung. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Bundestagswahl im letzten Jahr.

### **Bundestagswahl 2021: Erstmals Inklusives Wahlrecht**

Was wir vielleicht nicht so auf dem Schirm haben: Es war die erste Wahl in Deutschland, bei der endlich auch volljährige Menschen mit Behinderung, die rechtlich betreut werden, wählen konnten. Bisher waren sie von Wahlen ausgeschlossen - entgegen der Vorgaben der UN-Behindertenrechtsreform. Am 16. Mai 2019 hat der Bundestag endlich die Barriere für Menschen mit Betreuung aus dem Bundeswahlgesetz gestrichen. Seitdem gilt Inklusives Wahlrecht für alle. Dafür haben sich auch die SPD-Fraktionen in den 7 bayerischen Bezirken seit Jahren eingesetzt. Nach einem Machtwort des Bundesverfassungsgerichts konnte sich die SPD-Bundestagsfraktion in der GroKo endlich durchsetzen und die Diskriminierung beenden.

### **Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Bereits über 100 Kinder und Erwachsene mit Behinderungen, vor allem von Gehörlosigkeit Betroffene, konnten seit Anfang März in Einrichtungen des Bezirks untergebracht werden. Weitere werden folgen.

Aus unserem polnischen Partnerbezirk und aus der Region Südmähren, zu der der Bezirk – ebenfalls auf Initiative der SPD – seit einigen Jahren freundschaftliche Beziehungen pflegt, haben uns Hilferufe zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge erreicht. Eine Spendenaktion ist angelaufen, außerdem werden wir finanzielle Mittel aus dem Haushalt bereitstellen.

### **Auch dafür haben wir uns besonders eingesetzt:**

### **Bezirkskliniken: Neue Psychiatrische Klinik in Fürth, neue Tagesklinik in Roth, Antrag auf Rückführung der Service GmbH in das Kommunalunternehmen**

In Fürth wurde Anfang November 2021 eine neue psychiatrische Klinik eröffnet; zusammen mit der bereits bestehenden Psychiatrischen Institutsambulanz und Tagesklinik gibt es in der Kleeblattstadt jetzt ein hervorragendes ambulantes, teilstationäres und stationäres wohnortnahes Versorgungsangebot für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Errichtung dieser Klinik geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion in der Amtszeit 2008-13 des Bezirkstages zurück. Im Sommer 2021 war bereits in Roth eine Tagesklinik mit psychiatrischer Institutsambulanz „ans Netz“ gegangen. Auch hierfür hatte sich die SPD-Fraktion mit Nachdruck eingesetzt.

Im Sommer 2022 beginnt im Erlanger Klinikum am Europakanal die Generalsanierung. Die Lokalpresse hat dazu ausführlich berichtet.

Die medizinischen Versorgungsangebote sind in der Pandemie besonders vonnöten. Die seelischen Erkrankungen haben zugenommen, es ist wichtig, dass betroffene Menschen nicht monatelang auf Beratung und Behandlung warten müssen.

**Wir lassen nicht locker: Service GmbH muss zurück ins Klinikum**

Erneut hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, die Service GmbH wieder in das Kommunalunternehmen zurückzuführen. Der TVöD soll auch für alle Beschäftigten gelten, die nicht im medizinischen oder pflegerischen Bereich tätig sind. Die SPD-Fraktion, der Gesamtpersonalrat, alle örtlichen Personalräte und Ver.di ziehen hier an einem Strang. Ich werde in den nächsten Monaten weiter darüber berichten.

**Die Bezirksumlage im Haushalt 2022 bleibt stabil bei 23,55 Punkten**

Ein wesentlicher Grund dafür, dass der Bezirk Mittelfranken seine Umlage im vierten Jahr erneut stabil halten kann, besteht darin, dass das Bundesfinanzministerium unter Olaf Scholz wegen der Corona-Pandemie den Kommunen Gewerbesteuererstattungen anteilig erstattet und damit die Umlagekraft gestützt hat.

**Aufstockung der ambulanten psychosozialen Hilfen um 440 000 Euro, darunter Soforthilfe für die „Suchthilfe Lilith“ für die Arbeit mit schwangeren suchtkranken Frauen:**

In Coronazeiten sind die Hilfen für Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen deutlich erschwert.

**Die SPD-Initiative: Runder Tisch Sucht** arbeitet weiter erfolgreich. Für die Projekte „Arbeit mit suchtkranken schwangeren Frauen“, „Arbeit mit suchtkranken Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Depression im Alter“, stehen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung.

Dauerhafte finanzielle Unterstützung der **Allianz gegen Rechtsextremismus:** Jährlicher Bericht der Allianz im Bezirkstag, für 2022 beschlossen: Sondersitzung des Bezirkstages zum „Rechtsextremismus“.

**Erinnerungs- und Lernort „Hupfla“ in Erlangen:**

Der Bezirkstag hat seine Beteiligung an Entwicklung und Umsetzung des Konzepts beschlossen.

**Gesichert: Fortsetzung und Evaluation des Modellprojektes „Pooling von Schulbegleitung“**

an der Erlanger Montessori-Schule und der Georg-Zahn-Schule der Lebenshilfe Erlangen

**Zentrum für Hörgeschädigte Nürnberg:**

Die Generalsanierung wird zusammen mit der neuen Grundschule für den Nürnberg Westen geplant (SPD-Antrag aus 2018). Ziel des gemeinsamen Projektes ist die inklusive Vernetzung des Förderzentrums mit der Regelschule.

Die Errichtung einer **Synagoge im Freilandmuseum** (SPD-Antrag aus 2019)

und deren Fertigstellung in 2023 soll ein weiteres Signal des Bezirks setzen gegen Antisemitismus, für religiöse Vielfalt und Integration,

**Trotz Ukraine-Krieg weiter für Frieden durch Völkerverständigung:**

In 2022 wird es nach der Corona-Zwangspause endlich wieder Jugendaustausch mit der Region Mähren in Tschechien und voraussichtlich auch mit Polen geben.

Eure Gisela Niclas  
Vorsitzende der SPD-Bezirkstagsfraktion

**Fehlerfreundliche\* und inklusive Mobilität im Quartier**

\*fehlerfreundliche Ansätze sind bspw. längere Ampelschaltungen, breitere Radwege, öffentliche Sitzgelegenheiten, barrierefreie Kennzeichnungen, Fahrstühle oder Spielstraßen/ 30er-Zonen oder auch Herstellung verbesserter Sichtbeziehungen

**am Sa., 7. Mai ab 10.00 Uhr**

**im Saal des Verein Dreycedern e.V.**

Altstadt trifft Burgberg

In Kooperation mit der Themen-Serie:  
**FEMINISTISCHE VERKEHRSWENDE: NEUE WEGE, UM ZU VERBINDEN.**

Um vorherige Anmeldung wird gebeten:  
info@altstadt-trifft-burgberg.de oder 09131/9076836

# Aktuelles aus dem Rathaus

## Meldungen aus der Stadtratsfraktion

### Zur Ukraine - Ein Beitrag von Oberbürgermeister Dr. Florian Janik

Der 24. Februar 2022 - so viel steht leider heute schon fest - wird in die Geschichtsbücher eingehen. Als Tag des Überfalls der russischen Armee auf die Ukraine; als Tag, an dem die europäische Friedensordnung, die auf gegenseitigem Vertrauen und Entspannungspolitik beruht, tiefgreifend erschüttert wurde; und als Tag, an dem unfassbares Leid über die Menschen in der Ukraine gebracht wurde. Nichts und niemand kann diesen Angriffskrieg auf die Ukraine rechtfertigen und wir alle wünschen uns, dass dieser sinnlose Konflikt sofort beendet wird. Alles muss getan werden, dass die Situation nicht weiter eskaliert.

Schon jetzt spüren wir die Auswirkungen des Konflikts bei uns: In der Wirtschaft und bei den Energiepreisen, vor allem aber durch die vielen Menschen, die jetzt bei uns Schutz suchen. Wir erleben große Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung. Und das macht Mut: Denn ähnlich wie 2014 und 2015 stehen wir vor der großen Herausforderung, die Menschen schnell und trotzdem würdig unterzubringen und ihnen Perspektiven für die Kinderbetreuung, die Schule und den Beruf zu geben. Die Folgen der wirtschaftlichen Veränderungen abzufedern und die Integration gut zu meistern wird auch gesellschaftliche Verwerfungen mit sich bringen – Mut, Hilfsbereitschaft und Solidarität sind deshalb besonders wichtig. Ich Sorge mich aber auch an anderer Stelle um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft:

Auch in Erlangen leben viele Menschen, die ihre Wurzeln in Russland oder der

Ukraine haben. Es ist nicht ihr Krieg und deshalb müssen wir alles dafür tun, dass sich der Konflikt nicht auch in Spannungen in unserer Gesellschaft entlädt.

Seit beinahe 40 Jahren stehen wir in einem Austausch mit unserer russischen Partnerstadt Wladimir. In Zeiten von Spannungen entstanden muss sich diese Partnerschaft nun in dieser schwierigen Situation bewähren. Mir ist es wichtig, dass wir die bürgerschaftlichen Kontakte in unsere russische Partnerstadt Wladimir nicht verlieren. Denn Austausch und Dialog bleiben die Grundlage für friedliches Zusammenleben.

Auf der Homepage der Stadt Erlangen finden Sie Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten und Anlaufstellen.

### Nein zum Krieg in der Ukraine

Am 24.2.2022 wurde es traurige Realität: In Europa herrscht wieder Krieg. Wir haben es nicht für möglich gehalten, es handle sich beim Truppenaufmarsch vor den Grenzen der Ukraine um eine bloße Drohgebärde. Putin hat mit seinem völkerrechtswidrigen Angriff auf einen souveränen Nachbarstaat

alles über den Haufen geworfen, was seit dem Zweiten Weltkrieg als Konsens angesehen wurde. Ein einzelner alter Mann, der die Geschichte zurückdrehen will und ein neues Großrussisches Reich errichten will, hat dies getan. Putin, der die Demokratie im eigenen Land erstickt und in Ketten legt und der es nicht erträgt, wenn ehemals unter sowjetischem Einfluss stehende Staaten sich auf den Weg in die Freiheit machen.

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen und fragen uns, was es naiv, anzunehmen, die Zeit nationaler Kriege, die Zeit von Panzern und Raketen, die Zeit von Aufrüstung und Gewalt liege in Europa hinter uns?

Die Ankündigung unseres Bundeskanzlers, mehr Geld in die Bundeswehr zu investieren und dafür ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro aufzulegen, erscheint angesichts der Bedrohung verständlich. Wichtig ist dabei eines: Die Bundeswehr darf nicht Teil einer neuen Aufrüstungslogik sein. Eine Armee zur Verteidigung des eigenen Landes und auch unseres Bündnisses scheint heute wichtig und unverzichtbar. Dabei sollte aber unbedingt darauf geachtet werden, dass bei allem Ausbau die Nicht-Angriffsfähigkeit der Bundeswehr bestehen bleibt und dass der Parlamentsvorbehalt gilt. Die Ausstattung der Bundeswehr darf nicht auf Kosten anderer Bereiche gehen, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wichtig sind. Exemplarisch nenne ich hier den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

Die Waffenlieferungen in die Ukraine sind ein zweischneidiges Schwert. Ich denke gerade angesichts von Putins



Angriffskrieg ist es legitim, wenn die Ukraine das Recht einfordert, ihre Demokratie, ihre Freiheit und das Leben der Menschen verteidigen zu wollen. Es ist unerträglich, anzusehen, wie Krankenhäuser und Schulen, Wohnhäuser und Kindergärten in Schutt und Asche gelegt werden. Putin bricht hier Völkerrecht. Die überraschend große Mehrheit der UN-Vollversammlung hat dies auch klar so benannt.

Und dennoch ist es meine feste Überzeugung: Waffen können keinen Frieden schaffen. Und Frieden ist es, was sich die Menschen in der Ukraine am meisten wünschen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass auf allen Kanälen und mit allen Kräften versucht wird, in einem ersten Schritt eine Waffenruhe und dann Friedensverhandlungen herbeizuführen. Eine friedliche Welt entsteht nicht durch Aufrüstung und Abschreckung. Das langfristige Ziel sind weltweite Abrüstungsbemühungen und die Abschaffung atomarer Waffen jeglicher Art.

Dies erreichen wir nur mit Dialog zwischen den Völkern. Städtepartnerschaften und kultureller Austausch sind in diesen Zeiten wichtiger denn je. Unsere Partnerschaft mit Wladimir, die seit 39 Jahren besteht, hat einen großen Beitrag dazu geleistet, dass zwischen Russland und Deutschland Annäherung und Versöhnung gedeihen konnten. Daher lehnen wir alle Anträge, die Partnerschaft mit Wladimir ruhen zu lassen, entschieden ab.

Denn auch in Russland sind viele Menschen gegen diesen Krieg. Dies dort zu sagen, erfordert sehr viel Mut. 15 Jahre Straflager drohen allen, die dieses Unrecht benennen und dagegen protestieren. Lasst uns auch diese Menschen nicht vergessen. Ihre Stimmen sollen nicht ungehört erstickt werden. Sie sind die Hoffnung für einen Wandel in Russland. Und deshalb ist es wichtig, es immer wieder zu sagen: Das ist nicht der Krieg Russlands, es ist Putins Krieg.

Unsere Gedanken sind bei allen Menschen, die in Russland gegen diesen Krieg auf die Straße gehen. Wir denken an alle Menschen, die in Kellern und U-Bahnhöfen Schutz vor Bomben und Raketen suchen. Und wir fühlen mit allen Menschen, die vor diesem Krieg fliehen, ihre Heimat verlassen und oft auch geliebte Menschen zurücklassen müssen. Lasst uns diese Menschen mit offenen Armen begrüßen. Unsere Stadtverwaltung ist bereits dabei, Notunterkünfte herzurichten und die Unterbringung

in privaten Wohnungen und Hotels zu koordinieren. Dies ist in Zeiten der Pandemie eine große Herausforderung und verdient unseren großen Dank. Und auch für die Zukunft wird es nötig sein, dass die große Welle der Solidarität, die wir gerade erleben, nicht abebbt. Dabei ist aber auch eines wichtig: Die Flucht vor Krieg und Gewalt geschieht weltweit. Bisher haben wir nicht immer so großzügig unsere Grenzen geöffnet. Einfacher war es, wegzuschauen, wenn Menschen im Mittelmeer ertranken oder an der Grenze zwischen Belarus und Polen erfroren. Ich wünsche mir, dass wir hier kein Zwei-Klassen-System von Flüchtenden etablieren. Denn Krieg ist schrecklich - immer und überall. Hoffen wir, dass dieser Krieg - aber auch Kriege weltweit - bald ein Ende finden, Geflüchtete in ihre Heimat zurückkehren können, und dass sie dort in Frieden und Demokratie leben können.

## Ein Interview mit Anke Steinert-Neuwirth, Referentin für Kultur, Bildung und Jugend

Anke Steinert-Neuwirth leitet seit 1. März 2017 als berufsmäßige Stadträtin das „Referat für Kultur, Bildung und Jugend“. Mit der Referatsneugliederung zum 1. März 2022 umfasst das Referat die Geschäftsbereiche „Kultur, Bildung und Freizeit“. In der Stadtratssitzung am 31. März 2022 stellt sich die Soziologin zur Wiederwahl für eine zweite Amtszeit.

### Wie sieht deine persönliche Kurzbilanz der letzten 5 Jahre aus?

Auf den Punkt gebracht: Das waren fünf sehr intensive Jahre mit einem breiten und fachlich eng verknüpften Aufgabenspektrum. Das Referat umfasst 11 Ämter sowie zwei Stabsabteilungen. Dies bedeutet viel Führungsverantwortung, fachliche und strategische Steuerung, Entscheidungen treffen, Beschlüsse vorbereiten und nicht zuletzt ganz viel Kommunikation - intern wie extern. Jeder Tag ist anders lebendig, das ist einfach toll. Die Zusammenarbeit im Referat sowie innerhalb der Stadtverwaltung ist sehr zielorientiert und produktiv. Mit Beginn der Pandemie kamen - für uns alle - nie geahnte neue Herausforderungen hinzu. Die Situation der ankommenden Flüchtlinge aus der Ukraine fordert uns erneut. Hier stehen wir im

Referat bereits in den Startlöchern, um gesamtstädtisch in den nächsten Wochen und Monaten zur Unterstützung der Kinder und Jugendlichen Bildungs- und Freizeitangebote zu bündeln und bedarfsgerecht zu koordinieren.

### Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit innerhalb der SPD-Fraktion?

Die thematisch zielgerichtete Zusammenarbeit und Diskussion innerhalb der Fraktion und insbesondere mit den jeweiligen Sprecher\*innen für die Bereiche Kultur, Bildung, Jugend empfinde ich als sehr konstruktiv. Ich denke es ist gelungen, die Themen, für die wir als Sozialdemokrat\*innen stehen, wie insbesondere soziale und kulturelle Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren gut voranzubringen.

### Was hat sich bei den „Kulturbaustellen“ in den letzten Jahren getan?

Mit den aktuellen und in der Planung befindlichen Bauvorhaben schaffen wir die so wichtigen Orte für Begegnung, soziales Miteinander, Bildung und (Sozio)Kultur. Eine meiner ersten Amtshandlungen 2017 war der Spatenstich KuBiC - Kultur- und Bildungscampus Frankenhof. Ende 2023 ist die Eröffnung. Die Bauzeit nutzen wir konstruktiv, um die internen Strukturen zu schaffen und Konzepte zu optimieren, damit das Haus mit den verschiedenen Nutzungen vom ersten Tag an inhaltlich wie organisatorisch funktioniert. Die Planungen für das langersehnte Statteihaus West sind weitgehend fertig. Dabei wurden die Bürger\*innen vor Ort in einem beispielhaften Beteiligungsprozess mit eingebunden. Baubeginn ist 2023. Mit diesem Haus beschreiten wir einen komplett neuen Weg, was die gemeinsame Bespielung der sehr offen gehaltenen Flächen für die Stadteihausbibliothek, Volkshochschule, Jugendkunstschule und Soziokultur anbelangt. Und auch das seit vielen Jahren dringend benötigte und viel diskutierte Bürgerhaus Eldersdorf rückt in Reichweite. Mit einem Grundsatzbeschluss des Stadtrats sind die Weichen für den Ausbau des Stadtmuseums zu einem neuen Museumskaree gestellt. Dadurch wird sich das Stadtmuseum in puncto Präsentation und Vermittlung komplett neu aufstellen können. Und wenn dann auch architektonisch „groß und mutig“ gedacht wird, dann wird das ein echter Gewinn für unsere Altstadt. Die Erarbei-

tung des Masterplans hat Anfang 2022 begonnen, auch hier werden wir die Bürgerschaft wieder aktiv beteiligen.

### **Was war Dir kulturpolitisch bislang besonders wichtig und was konnte erreicht werden?**

2019 haben wir gemeinsam im Referat „Kulturpolitische Leitsätze“ entwickelt. Zwei Ziele sind mir besonders wichtig. Zum einen den öffentlichen Raum als „Kunst- und Kulturraum“ zu begreifen und noch viel stärker zu nutzen. Dies ist ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf soziale und kulturelle Teilhabe. Es geht darum, die Kunst, die Kultur direkt zu den Menschen zu bringen, die direkte

Begegnung im Stadtraum zu ermöglichen. Dies ist in den letzten Jahren gut gelungen u.a. durch neue Draußen-Veranstaltungsformate und Aktionen auch in den Stadtteilen im Rahmen der Festivals. „Kunst am Bau“ wird dank der engagierten und profunden Arbeit in der Kunst-



kommission heute selbstverständlich mitgedacht und bei Neubauten eingepplant, StreetArt sowie die Mitmach-Kunsthaltestellen der Jugendkunstschule sind weitere Beispiele dafür. 2022 starten wir ein großes partizipatives Kunstprojekt mit den Bürger\*innen in Büchenbach. Ein weiteres kulturpolitisches Ziel lautet, ein „kreatives Klima“ in unserer Stadt zu schaffen in Form von durchaus auch unfertige Experimentierräumen für die freie Szene sowie die Sichtbarmachung und Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Hier knüpft das „ZAM-Zentrum für Austausch und Machen“ an. Temporäre Makerspaces, „ex-Teppich“ waren die Vorläufer und es war uns immer unser Anliegen, diese Entwicklungen zu verstetigen und Orte dafür zu schaffen. Daher hat sich 2021

die Möglichkeit des Ankaufs des ehemaligen „Greiner“-Gebäudes als wahrer Glücksfall und große Chance erwiesen. Mit dem Start des ZAM ist ein neuer Ort in der Altstadt entstanden, an dem sich Kunst, Kultur, Kreative, Digitales sowie Technik und Wissenschaft ideenreich und produktiv begegnen. Betrieben wird das ZAM heute eigenverantwortlich mit großem bürgerschaftlichem Engagement.

### **Was waren besondere Herausforderungen und Entwicklungen im Bildungsbereich?**

Die Voraussetzungen zu schaffen für Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe ist

eine Daueraufgabe und Querschnittsaufgabe zugleich bei uns im Referat, beginnend bei der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Durch die Arbeit des Bildungsbüros und die umfassende Bildungsberichterstattung verknüpft mit konkreten Maßnahmen konnte in den letzten Jahren ein breiter fachlicher Diskurs in Gang gesetzt werden, verbunden mit einer engen Vernetzung der Akteur\*innen im Bildungsbereich. Mit dem Siegel „Qualifiziertes Praktikum“ beispielweise konnte gemeinsam mit den Erlanger Ausbildungsbetrieben die Qualität der Praktika für die junge Menschen und ihre passgenaue Begleitung qualitativ deutlich verbessert werden. Die Schulkooperationen für die Angebote im offenen Ganztags und die optimierte Lernförderung in Trägerschaft der Volkshochschule konnten ausgeweitet werden. Schule, Ganztags und Jugendhilfe müssen zunehmend verstärkt zusammengedacht und geplant, der Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter ab 2026 erlaubt kein „Abwarten“. Daher wurde bereits 2018 parallel zum laufenden Schul-

sanierungsprogramm das Programm „Zukunft Grundschulen und Ganztagsbetreuung“ aufgesetzt, denn die Grundschulen sind baulich größtenteils noch nicht für die Anforderungen an den Ganztags gerüstet. Im Zuge des ISEK-Prozesses konnten mit den entsprechenden Stadtratsbeschlüssen die Voraussetzungen für die Herstellung der Einhäusigkeit der Hermann-Hedenus-Mittelschule am Standort Büchenbach-Nord geschaffen werden. Als Sachaufwandsträger sind wir zuständig für 33 Schulen. In den letzten zwei Jahren waren die pandemiebedingten erforderlichen Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf die digitale Ausstattung die bestimmenden Themen. Zwischenzeitlich sind nun auch endlich alle Schulen an das Glasfasernetz angebunden

### **Wie sieht der Rückblick auf den Bereich Jugendhilfe aus, der seit dem 1. März von Dieter Rosner geleitet wird?**

Das Jugendamt wurde im Rahmen eines dreijährigen sehr aufwändigen Organisationsprozesses von den Aufgabenzuschnitten und Führungspannen und Leitungsebenen zukunftsgerichtet neu gegliedert. Die in den letzten Jahren stark zugenommenen Aufgaben erforderten eine Umorganisation. Parallel dazu wurde der Kita-Ausbau planmäßig fortgesetzt, die Platzzahlen konnten somit sukzessive erhöht werden. Wir haben aktuell in Erlangen einen sehr guten Versorgungsgrad für die unter 6jährigen. Der Neubau in der Junkerstraße mit Räumen für Jugendarbeit, eine Lernstube und eine familienpädagogische Einrichtung konnte in Betrieb gehen. Das Familienzentrum im BBGZ steht vor der Fertigstellung. Mit dem bayernweiten Modellprojekt „Kooperative Ganztagsbildung“ an der Michael-Poeschke-Schule konnte ein beispielhaftes Projekt auf den Weg gebracht werden, bei dem zukünftig Jugendhilfe, Schule und Lebenshilfe im Sinne eines zukünftig „gemeinsamen inklusiven Ganztags“ eng zusammenarbeiten werden.

### **Und dein Blick in die Zukunft?**

Die Pandemie hat uns immer noch im Griff, sie hat was mit den Menschen gemacht und tut es noch immer, ganz besonders mit den Kindern und Jugendlichen. Aktuell brauchen die Menschen aus der Ukraine unsere Unterstützung. Lernen und soziales Miteinander haben sich verändert, die Digitalisierung bestimmt zunehmend unseren Alltag.

Themen wie Klimawandel, Nachhaltigkeit und Inklusion dürfen nicht in den Hintergrund rücken. Der Fokus auf soziale und kulturelle Teilhabe „für Alle“ ist wichtiger denn je. Kunst, Kultur, analoge wie digitale Bildungsangebote sowie die Soziokultur spielen hier eine wichtige Rolle. Ebenso gilt es die „Kulturelle Bildung“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) zukünftig noch mehr zu betonen. So gesehen gibt zu den bereits bestehenden Aufgaben jede Menge weitere Herausforderungen.

## Sexismus gemeinsam bekämpfen Stadt Erlangen unterzeichnet „Erklärung gegen Sexismus“

Der Stadtrat hat im Februar seine Unterstützung für die „Erklärung gegen Sexismus“ erklärt, die Oberbürgermeister Florian Janik für die Stadt unterzeichnen wird. Den Anstoß für einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen und Gruppierungen im Stadtrat hatte die SPD-Fraktion gegeben. Auch die SPD-Fraktion selbst hat sich der Erklärung angeschlossen.

Am 26.10.2021 hatten die damalige Frauenministerin Christine Lambrecht und Stadtagspräsident Burkhard Jung (beide SPD) die Erklärung, die darauf abzielt, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu verhindern

und zu beenden, gemeinsam mit prominenten Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft als Erste unterzeichnet. Die Erklärung ist Ergebnis der Dialogforen gegen Sexismus, die im Auftrag des Bundesfrauenministeriums durchgeführt wurden, und soll ein breites gesellschaftliches Bündnis anstoßen.

In ihrer Stellungnahme im Stadtrat verwies Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister auf eine aktuelle deutschlandweite

Studie, der zufolge 63 % der befragten Frauen sexistische Übergriffe wahrgenommen haben oder selbst davon betroffen waren. „Dieser empörende Missstand trifft auch Menschen in unserer Stadt, ebenso wie schreckliche Gewalterfahrungen“, sagte Pfister. „Sexismus besteht nicht nur in offenen verbalen Angriffen, Belästigungen und der Herabsetzung von Frauen, trans- und intersexuellen Personen, sondern auch darin, bestehende Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung zu leugnen und Maßnahmen gegen diese Benachteiligungen abzulehnen, wie es politische Kräfte am rechten Rand tun. Offene und versteckte Äußerungen von Sexismus beruhen auf tief in der Gesellschaft verankerten strukturellen Benachteiligungen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens. Der Kampf gegen Sexismus richtet sich daher auch gegen diese grundlegenden Probleme“.

Als Beispiele für Handlungsfelder der Kommune nannte Pfister die stärkere Sensibilisierung der städtischen Mitarbeiter\*innen, die Prävention von diskriminierenden Äußerungen und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz

(gegen die die Stadt bereits seit langem vorgeht), den achtsamen Umgang mit der Außendarstellung der Stadt und ihrer Ämter oder die Schaffung sicherer Orte für alle Menschen. Gerade im Bereich des ÖPNV, der mit Blick auf Klimakrise und Verkehrs-

wende künftig eine größere Rolle spielen muss, muss die sichere Nutzung für Alle weiter verbessert werden.

Pfister erklärte weiter: „Die Stadt Erlangen ist hier in vielen Bereichen bereits weit vorangekommen, ob bei der Berücksichtigung von Frauen\* bei kulturellen Veranstaltungen, der Förderung von Organisationen, die Schutz vor Gewalt bieten, der Frauenförderung in der Verwaltung oder mit dem von der SPD

beantragten Veranstaltungsprogramm zum 8. März, das auch in diesem Jahr wieder stattfindet. Im HFGA werden wir uns demnächst auf Vorschlag unserer Fraktion mit dem aktuellen Stand und weiterem Handlungsbedarf befassen.

Die heutige Befassung mit der Erklärung gegen Sexismus im Stadtrat sehen wir in zweifacher Hinsicht als gemeinsames öffentliches Bekenntnis

- zur Einsicht in gravierende Benachteiligungen, Beleidigungen und Gewalt, die Frauen wie Trans- und Intersexuelle Personen Tag für Tag erleiden und
- zur Verantwortung dafür, über diese Missstände aufzuklären und aktiv an ihrer Beseitigung mitzuwirken.“

Von Barbara Pfister

## Neuer Vorstand in der Allianz gegen Rechtsextremismus

Der Erlanger Sozialreferent Dieter Rosner ist bei der Mitgliederversammlung der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ als Vertreter von Städten und Gemeinden in den fünfköpfigen Vorstand der Allianz gewählt worden.

Neuer und alter Vorsitzender im Vorstand der Allianz ist Stephan Doll, Geschäftsführer der DGB-Region Mittelfranken. Alle weiteren Positionen im Vorstand sind neu besetzt. Als Vertreterin der Wirtschaft wurde Katharina Fritsch, Leiterin der Unternehmenskommunikation des 1. FC Nürnberg gewählt. Als Vertretung der Kirchen und Religionsgemeinschaften Elisabeth Hann von Weyern, Regionalbischöfin im Kirchenkreis Nürnberg und als Vertretung der Zivilgesellschaft Souzan Nicholson.

### Klare Kante gegen Rechts

„Ich sehe in dieser Aufgabe einen wichtigen Auftrag, gemeinsam klar Position zu beziehen gegen jegliche Form menschenfeindlicher Angstmache, gegen Hass und Ausgrenzung. Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus sind strukturelle Probleme unserer Gesellschaft und müssen als solche erkannt, benannt und bekämpft werden“, so Rosner.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europäischen Metropolregion Nürnberg versteht sich als unabhängiges und solidarisches Netzwerk von aktuell über 430 Städten, Gemeinden, Parteien,



Verbänden und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen. Es geht darum, allen Formen von gruppenbezogener Menschen-

feindlichkeit entschieden entgegenzutreten, den Widerstand gegen rechts-extremistische Aktivitäten zu stärken und möglichst viele Menschen bei aktuellen Anlässen zu mobilisieren, um eine offensive öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zu fördern.

„Es ist aus meiner Sicht dringend notwendig, gegen die Feinde unserer

Demokratie Gesicht zu zeigen, denn Demokratie kommt nicht von selbst und Demokratie ist nicht vererbbar. Die Familien, Schulen und alle zivilgesellschaftlich relevanten Gruppen müssen jeder Generation aufs Neue vermitteln, dass Demokratie notwendig ist und wie sich jede Bürgerin und jeder Bürger in unserer Gesellschaft aktiv beteiligen kann.“

### Kundgebung der Aktion Courage

Einem ersten öffentlichen Auftritt für die Allianz hatte Rosner bei der Kundgebung der Aktion Courage am 4. Februar unter dem Titel „Denk mit statt quer“ auf dem Erlanger Schlossplatz.

Mehr denn je seien gegenseitige Solidarität und Gemeinschaftssinn gefordert, so Rosner in seinem Redebeitrag.

„Es geht um die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen. Der Basismechanismus von Solidarität heißt:

Aus dem Mitdenken und aus der Sorge um die anderen, die vielleicht schwächer oder verwundbarer sind, sein eigenes Verhalten zu orientieren. Solidarität heißt deshalb, sich zu schützen, um andere zu schützen.“

Auch Oberbürgermeister Florian Janik sprach auf der Kundgebung, u.a. zu Würde, Impfungen und Rechtsextremisten: „Die Antwort auf Frage, warum sich viele Menschen bisher nicht haben impfen, fällt nicht leicht. Sicher gibt es einen harten

Kern, ein esoterisches Milieu, mit erschreckender Nähe zur rechten Szene, das wir nicht überzeugen können. Es gibt aber auch die schwer Erreichbaren, die sich nichts mehr von der Gesellschaft erwarten, weil sie selbst in ihrer Würde verletzt wurden. Es gibt aber auch diejenigen, die gezielt gestreuter Desinformation aufsitzen. Hier verstärkt sich

ein schon lange vorhandenes Unbehagen mit unserem Gesundheitssystem. Wir müssen zugestehen, dass Gesundheit leider allzu lange zuerst unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wurde.

Vielen Menschen fehlt deshalb eine ausführliche, würdige Ansprache bei ihren gesundheitlichen Problemen. Es geht hier ausdrücklich nicht um Kritik an Ärzt\*innen und Pflegekräften. Sondern es geht hier um Rahmenbedingungen für die Arbeit, die gerade

auch im Interesse der medizinischen Berufe verbessert werden müssen. Und ja: Auch ein weit verbreiteter Egoismus zeigt sich, wenn man sich selbst für so unverletzlich hält, dass man sich nicht impfen lässt, und die Folgen für die Gesellschaft ignoriert. Aber egal, was dazu führt, dass Menschen sich nicht impfen lassen. Nichts kann es rechtfertigen, mit neuen und alten Nazis zusammen zu protestieren.“

Dieter Rosner führt weiter: „Leider gebe es viele Menschen, die sich unsolidarisch verhalten, weil sie ihre eigenen Interessen über die des Gemeinwohls stellen. Auch die Berichte von Demonstrationen, die getarnt als sogenannte Spaziergänge in vielen Städten und Gemeinden und auch in Erlangen stattfinden, seien beunruhigend. „Es sind nicht alles Extremisten, die da auf der Straße unterwegs sind. Aber es sind sehr viele Menschen darunter, die keine Loyalität mehr zu unserem Staat und zu unserem Gemeinwesen haben“, so der Erlanger Sozialreferent.

Jede und jeder Einzelne habe jedoch die Verpflichtung, seine oder ihre Kritik nicht in den Dienst von Demokratieverächtern zu stellen und zu hinterfragen, mit wem er oder sie auf die Straße gehe, denn keine Sorgen, keine Kritik, keine Empörung und auch keine Enttäuschung könnten den Schulterchluss mit den Feindinnen und Feinden unserer Demokratie rechtfertigen.

Dieter Rosner appellierte deshalb mit Nachdruck an alle Demokrat\*innen, nicht mit sogenannten Reichsbürger\*innen, Holocaustleugner\*innen, Verschwörungsanhänger\*innen, Antisemit\*innen und Neo-Nazis auf die Straße zu gehen, sondern sich deutlich von diesen zu distanzieren!

## Qualitätvolle Ganztagsbildung und Inklusion – die „Kooperative Ganztagsbildung“ an der Michael-Poeschke-Schule als Leuchtturmprojekt für die Zukunft unserer Grundschulen

Mit dem Bedarfsbeschluss zum Projekt „Kooperative Ganztagsbildung“ ist es uns gelungen, zwei unserer zentralen politischen Ziele bildlich gesprochen „mit einer Klappe zu schlagen“. Schon





vor der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an der Grundschule ab dem Jahr 2026 hat sich Erlangen auf den Weg gemacht, möglichst allen Familien, die dies wünschen, ein Betreuungsangebot für Kinder im Grundschulalter zu machen. Unser bevorzugtes Modell ist dabei ein qualitativ hochwertiges Konzept von Offenem oder Gebundenem Ganztagsangebot (OGT/GGT). Zudem ist uns die Zusammenarbeit von Einrichtungen der Jugendhilfe mit schulischem Personal in multiprofessionellen Teams ein Anliegen. Diese Zusammenarbeit halten wir für besonders fruchtbar, um in unseren Schulen ein hochwertiges Bildungsangebot statt einer reinen Betreuung zu schaffen. Ein diesbezüglicher Richtungsbeschluss wurde bereits im Dezember 2018 im Stadtrat verabschiedet.

An der Michael-Poeschke-Schule entsteht nun eine solche Kooperation, die zudem unserem Anspruch auf ein hohes Maß an Inklusion in der Bildung gerecht wird. Besonders begrüßen wir die Einbeziehung der Partnerklassen als weiteren Schritt zu einer inklusiveren Schullandschaft. Für deren Entwicklung haben wir uns am „Runden Tisch Inklusion in der Bildung“, der auf Antrag der SPD einberufen wurde, seit langem eingesetzt“, erklärt Fraktionssprecherin Sandra Radue. Hier werden Kinder der Georg-Zahn-Schule (Förderschule zur individuellen Lebensbewältigung) und Kinder der Michael-Poeschke-Schule miteinander unterrichtet – so oft wie möglich. Bisher fand dieses inklusive Miteinander nur am Vormittag statt. Nun kann dies auf den gesamten Schultag ausgeweitet werden – ein Wunsch, der uns schon lange auf den Nägeln brennt. Zudem erfolgt die Ausweitung der Partnerklasse. War diese bisher nur in einem Jahrgang möglich, wird es ab 2029 einen durchgängigen Zug von der ersten bis zur vierten Klasse geben. Hier können dann bis zu 32 Kinder inklusiv beschult werden.

Von Sandra Radue

### **Ein besonderes Buchprojekt mit unseren Partnerstädten**

Peter Steger, städtischer Mitarbeiter im Bereich Internationale Beziehungen, hat im letzten Jahr gemeinsam mit SPD-Kultursprecherin Valeria Fischer die Idee zu einem Buch zum Thema Städtepartnerschaft entwickelt. „Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, die den Austausch mit unseren Partnerstädten,

insbesondere die gemeinsame Begegnung erschwert, entsteht durch das Buchprojekt die Möglichkeit für Menschen aus den verschiedenen Städten, sich gegenseitig voneinander zu erzählen, zuzuhören und zu berühren. Aber auch, sich auf einer anderen Ebene zu begegnen und kennenzulernen, denn die Literatur hat eine eigene Sprache, da wir durch Geschichten und Gedichte manches sagen können, was wir sonst nicht oder nur anders in Worte fassen würden“, erläutert Fischer. „Da mir das Buchprojekt sehr wichtig war, hoffte ich natürlich auf viele Einsendungen. Doch gerade Corona macht etwas mit kreativen Menschen, vor allem auch, wenn es um das Schreiben geht. Es gibt jene, denen Corona die Tinte zum Schreiben nimmt, aber auch solche, mit denen die Pandemie das Gegenteil macht und Worte für das oft unaussprechliche finden lässt. Besonders fasziniert haben mich die Vielfalt sowie die Vielschichtigkeit der zahlreichen Beiträge, die Art und Weise, wie die Verfasser\*innen mit ihrer Sprache und ihren Geschichten berühren, verschiedene Bilder von der Pandemie zeichnen oder Momentaufnahmen einfangen, aber auch von dem Leben erzählen, das außerhalb dieser besonderen Zeit liegt.“

Entstanden ist nun ein Buch, in dem 30 Schriftsteller\*innen in sechs Sprachen zu Wort kommen und auf das wir sehr stolz sein können. Zudem hat eine Jury die Beiträge mit insgesamt sechs Preisen für verschiedene Kriterien und Literaturgattungen ausgezeichnet. Prosa und Lyrik sind in meinen Augen oft schwer miteinander zu vergleichen. Ich finde es deswegen einen sehr guten Weg, dass die Textgattungen getrennt voneinander ausgezeichnet wurden, es zudem auch jeweils einen Nachwuchspreis sowie einen Sonderpreis der Jury und den Publikumspreis gibt.

„Unter den Preisträger\*innen habe ich meine ganz persönlichen Favorit\*innen, aber ebenso habe ich diese auch unter den anderen Beiträgen, welche ich mit großer Begeisterung gelesen habe. Für mich macht jede Autorin und jeder Autor, jeder Text und jedes Gedicht, dieses Buch zu etwas äußerst Kostbaren. In Zeiten wie diesen können wir uns auf diese Weise trotzdem gegenseitig einladen und besuchen sowie Begegnungen entstehen lassen“, so Fischer.

Von Valeria Fischer

## **Zentraler Busverknüpfungspunkt für Erlangen an den Arcaden**

Aufgrund der historisch gewachsenen Strukturen hat Erlangen im Gegensatz zu anderen Städten keinen zentralen Omnibusbahnhof. Im Zuge der Planung der Regnitzstadt auf dem jetzigen Großparkplatz, der Planung der StUB sowie der Verbesserung des Busverkehrs in Erlangen bietet es sich jedoch an, einen zentralen Verknüpfungspunkt an den Arcaden als Alternative zu einem zentralen Omnibusbahnhof zu planen.

Dies bietet für die Fahrgäste den Vorteil eines optimierten Umstiegs zwischen den Buslinien, aber auch zur StUB. Ebenso können somit bislang endende Linien zu Durchmesserlinien verbunden werden. Mit diesen kann die Attraktivität und damit die Fahrgastzahl deutlich gesteigert werden, wie z. B. die erfolgreiche Umsetzung der Durchmesserlinie 280 von Büchenbach zur Technischen Fakultät und nach Buckenhof/Spardorf gezeigt hat. Ein weiterer Vorteil eines Verknüpfungspunkts an den Arcaden ist, dass, anders als beim Großparkplatz, keine extra Stichfahrten zur Herstellung von Umsteigebeziehungen nötig sind.

Ein Busverknüpfungspunkt ist jedoch nicht mit einer Endhaltestelle gleichzusetzen. Daher betont der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter: „Der Bahnhof muss zur Verknüpfung von Nah- und Fernverkehr mit allen Innenstadtlinien direkt erreichbar sein. Daher wurde auf Antrag der SPD beschlossen, dass alle Buslinien, die nicht ohnehin am Bahnhof halten, von den Arcaden zum Bahnhof weitergeführt werden. Dort ist dann eine geeignete Endhaltestelle zu schaffen, an der auch der Fernbusverkehr und Schienenersatzverkehr abgewickelt werden.“

„Zudem muss die zukünftige Haltestelle der Stadt-Umland-Bahn (StUB) in direkter Umgebung des Bahnhofs sein, um ein problemloses Umsteigen zu ermöglichen. Hier muss die Planung der Regnitzstadt auf dem bisherigen Großparkplatz entsprechend angepasst werden“, ergänzt Richter.

Von Andreas Richter

# Aufgewacht im Krieg

■ **Von Volker Lang**

Unterbezirksvorsitzender



Russland hat auf Befehl Präsident Putins am 24. Februar diesen Jahres ohne Grund seinen Nachbarstaat Ukraine angegriffen und damit den seit 2014 bestehenden schweren territorialen Konflikt in einen offenen Angriffskrieg verwandelt. Die russische Armee hat seitdem zahlreiche Städte mit Raketen, Flugzeugen und Artillerie bombardiert, mit Panzern und Infanterie angegriffen, dabei etliche Wohnsiedlungen, Schulen und Krankenhäuser zerstört. Laut Schätzungen wurden bereits fast 20.000 Menschen getötet und etwa 3,4 Millionen Menschen sind auf der Flucht, fast 2000 Häuser wurden zerstört. In Mariupol droht durch die Einkesselung eine humanitäre Katastrophe. All das sind Fakten, die so schrecklich sind, dass sie jedem anständigen Menschen die Zornesröte ins Gesicht treiben müssen. Fakten, die in der Generalversammlung der UN mit einer nie dagewesenen Einigkeit von über 140 Stimmen, zusätzlich vom internationalen UN-Gerichtshof und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte streng verurteilt wurden. Es sind Fakten, die ohne ein „aber“ auskommen. Und dennoch höre und lese ich von zum Glück ganz wenigen Genoss:Innen dieses „aber“, gefolgt von Tiraden über die USA, die NATO und allerlei Geschichtsklitterei, die allesamt in eine Richtung zeigen: Russland könne ja quasi gar nicht anders, Schuld hätten mindestens genauso wir hier im Westen mit unserer unheiligen Allianz. Ach ja

und unsere Medien steckten ja auch mit unter dieser Decke. Mir wird bei diesen Tiraden übel. Natürlich kann und muss man die USA, die NATO und den Westen für Fehler kritisieren, aber nicht in dieser Situation! Warum jemand damit diese Taten von Putin und seinem mafösen Verbrecherregime verharmlosen, erklären und gar legitimieren möchte, ist mir völlig schleierhaft. Es gibt dafür keine legitimen Gründe. Putin ist ein autoritärer Herrscher, den nichts von einem Diktator unterscheidet. Bereits 1993, als zweiter Bürgermeister von St. Petersburg wünschte er sich für Russland eine Militärdiktatur nach Vorbild Augusto Pinochets. Als Präsident ab 2000 baute er den mit relativ großer Macht in den Provinzen dezentral organisierten Vielvölkerstaat Russland zunehmend zentralistisch aus, rüstete wieder auf, zerstörte die ohnehin schwach ausgeprägte Parteienstruktur und führt in Tschetschenien einen brutalen Krieg gegen weitere Abspaltungsbewegungen. Grosny machte er damals dem Erdboden gleich, ebenso wie viel später Aleppo und heute Mariupol. 2005 marschierte Russland in Georgien ein, 2014 wurde die Krim besetzt. Unvergessen müssen auch die vielen Oppositionellen und russischen Journalist:Innen sein, die zusammengeschlagen, deportiert, vergiftet oder im Hausflur erschossen. Freie Presse gibt es unter Putin seit langem nicht mehr. Dieser Mensch, der gegen alles steht was der SPD wichtig ist, dieser Mensch wird in Schutz genommen wie ein kleines Kind, das sich aus Hunger eine Brezel gemopst hat. Dabei werden Begründungen angeführt, die allesamt hanebüchen sind. Gerne wird das Narrativ reproduziert, der Westen habe versprochen die Nato nicht nach Osten auszudehnen (historisch falsch). Sämtlichen Ländern Osteuropas und auch der Ukraine wird mit diesen historisch falschen Argumenten die Souveränität abgesprochen, man müsse sie doch im Einflussbereich Russlands lassen. Vergessen wird gerne, dass Russland der Ukraine dagegen tatsächlich volle territoriale Integrität zugesichert hatte. Wie kann jemand in der SPD so etwas vertreten? Auch der Ukraine dürfe man jetzt nicht

helfen, liest man immer wieder, wir sind doch Friedenspartei. Willy Brandt hätte nie blablabla. Ich empfehle dazu die „Erinnerungen“ von Egon Bahr. Er beschreibt eindringlich, dass die Verhandlungen immer aus Positionen der Stärke geführt wurden, eine wieder aufgerüstete Bundeswehr und die USA im Rücken, dennoch den Gewaltverzicht predigend und auf Frieden hinarbeitend. Mit dem großen Unterschied: Die damals sowjetische Seite war ebenso auf Befriedung des Konflikts aus. Putin ist das nicht, das wird in jeder seiner Reden, die mythisch von großrussischen Träumen, von der Größe Stalins, der Verweichlichung und Dekadenz des Westens, vulgären männlichen Heldentums und klarem Freund-Feind-Denken strotzen, klar. Kein Wunder dass sie von immer mehr Experten als faschistisch eingestuft werden, klar. Anders als Egon Bahr mit seinen Verhandlungspartnern besteht heute auch nicht das geringste Vertrauensverhältnis, im Gegenteil. Putin lügt die westlichen Verhandlungspartner, die Frieden suchen, stundenlang am ausgestreckten Arm an. Und das nicht wegen der schrägen Nato-Argumentation, sondern weil er die Demokratiebemühungen in der Ukraine fürchtet. Wenn die Ukrainer Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat haben können, warum dann nicht die Russen? So könnte die Frage in Russland gestellt werden und das ist ein Risiko für das russische Regime. Putin hat diese Effekte in Dresden live beobachten können. Unsere jahrelange Strategie des Friedens durch Handel ist gescheitert, weil Putin den Frieden nicht will, es ist jetzt dennoch Krieg. Das heißt nicht, dass sie falsch war, im Gegenteil. Es war richtig, über diese Einbindung den Frieden zu suchen. Nur war es naiv, dass wir nicht für das Scheitern vorbereitet waren. Putin hat diese Schwäche ausgenutzt, und wir sind aus unserem Traum erwacht. Ein Traum, aus dem uns unsere osteuropäischen Partner in der EU und auch die USA lange wecken wollten. Wir stehen nun unvorbereitet da und werden von der Realität eingeholt. Wir müssen helfen, diesen russischen Angriffskrieg zu beenden ohne selbst Kriegspartei zu werden. Das hat jetzt Priorität, nicht das „Aber“.

**Redaktionsschluss**

für den nächsten Monatsspiegel

Mai 2022

**20. April 2022**

# Was kann man gegen die Plastikflut tun?

■ Von Stefan Barth

Dass unser Plastikverbrauch erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt hat, ist inzwischen unbestreitbar. Plastik ist in unserem Leben einfach allgegenwärtig. Besonders bedenklich ist Plastik als Einwegprodukt: Als Verpackung verwendet, begegnet uns der Kunststoff täglich in Massen. Oft ohne, dass wir uns darüber bewusst sind. Dabei ist es gar nicht so schwer, den eigenen Plastikkonsum zu reduzieren.

Hier sind unsere Tipps, wie man leicht Plastik einsparen oder Plastik sogar komplett vermeiden kann.

## 1. Überflüssige Einwegprodukte aus dem Alltag verbannen.

Plastikteller und -besteck, Trinkhalme und Rührstäbchen:

Sie werden nur wenige Minuten benutzt und landen dann im Müll. Muss das wirklich sein? Wäre es da nicht sinnvoller, wenn wir ein bisschen mehr Abwasch nach dem Picknick oder der Party haben und dadurch die Umwelt und ganz nebenbei den Geldbeutel schonen?

Alternative: Mehrwegeschirr nutzen oder nur solche Getränke und Snacks anbieten, die ohne das überflüssige Plastik auskommen. Wer nach der Party zu faul zum Spülen ist, kann beim Getränkelieferanten nach Gläsern fragen. Viele bieten die Anlieferung von Gläsern und sogar das Spülen danach als Service an.

## 2. „Unverpackt“-Läden

Eigene Behälter mitbringen und einkaufen. In Erlangen Innere Brucher Str. 11 auch möglich.

Supermärkte und Discounter: Hier hat man als Kunde oft kaum eine Chance, unverpackte Lebensmittel zu kaufen. Häufig wird das Produkt in viel Plastik gehüllt, um es besser in Szene zu setzen.

Alternative: Wenn möglich, „Unverpackt“-Läden unterstützen. In vielen größeren Städten gibt es diese Läden bereits – mitgebrachte Behälter werden

hier einfach aufgefüllt. Auch im Internet gibt es sogenannte Zero-Waste-Läden, die ihre Ware ausschließlich in bereits benutzten Kartons verschicken. Ansonsten können der Wochenmarkt und Läden mit Frischetheken eine Alternative sein, um Plastik zu vermeiden.

## 3. Mehrfach verwendbare Tragetaschen

Einweg-Tragetaschen: Ob aus Plastik oder Papier - die Ökobilanz von Einweg-Tragetaschen ist miserabel. Zum Glück sind Plastik- und Papiertüten an den Supermarktkassen in Deutschland mittlerweile viel seltener erhältlich oder nur gegen einen Aufpreis.

Alternative: Oft werden Mehrweg-Tragetaschen in den Läden angeboten. Am besten den eigenen Rucksack oder Einkaufsbeutel zum Einkaufen gleich von zu Hause mitbringen.

## 4. Obst und Gemüse lose kaufen

Obst und Gemüse in Plastikfolien: Schnell wird das Obst in die kleine, durchsichtige Plastiktüte gefüllt, weil man den Einkauf ungern lose aufs Band legen möchte. Selbst Bio-Obst ist im Supermarkt häufig in Plastikfolie eingeschweißt. Da kommt man beim umweltbewussten Einkaufen schon mal ins Schleudern.

Alternative: Meist ist das Plastik drum herum vollkommen überflüssig, denn häufig haben Früchte und Gemüse ihre eigene schützende Hülle oder müssen einfach nur gut abgewaschen werden. Für Pilze, Kirschen, Salat und ähnliches eigene Mehrwegbeutel mitbringen oder zumindest Plastiktüten, die sich bereits zu Hause angesammelt haben, mehrfach nutzen.

Und was ist mit Bio-Kunststoffen? Bio-Kunststoffe sind leider nicht die Lösung. Recycling ist wesentlich mehr zu empfehlen. Beim Recycling bleibt wenigstens die Energie erhalten, die einmal zur Herstellung des Kunststoffes aufgewendet wurde. Erstmal Vorsicht beim Begriff „Bio-Kunststoff“: Bio-Kunststoffe können Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen wie zum Beispiel Mais-Stärke sein – oder biologisch abbaubar. Eine Tüte aus nachwachsenden Rohstoffen muss nicht zwangsläufig biologisch abbaubar sein. Umgekehrt ist eine abbaubar

bare Tüte noch lange nicht nachhaltig hergestellt. Mehr dazu finden Sie im WWF-Blog.

## 5. Mehrweg statt Einweg

Einweggetränkeflaschen und -dosen: Schnell mal beim Einkauf oder beim Imbiss mitgenommen gegen den Durst, erzeugen sie aber auch schnell ein Müllproblem.

Alternative: Grundsätzlich gilt: Mehrwegflaschen sind in der Regel umweltfreundlicher als die Einwegvariante. Doch die Sache ist kompliziert: Mehrwegflaschen aus Glas sind nämlich nur dann umweltfreundlicher als solche aus Plastik, wenn sie keine langen Transportwege hinter sich haben. Am besten, man hat immer seine eigene Mehrwegflasche mit dem bewährten Leitungswasser dabei. Das gute Erlanger Leitungswasser steht zu Hause immer frisch zur Verfügung.

Ich kaufe in einem „Unverpackt“-Laden ein (z.B. im EGE-Supermarkt in der Inneren Brucker Str. 11) und benutze, neben der Einkaufstasche, mehrfach Plastiktüten, die sich bereits zu Hause angesammelt haben. Das funktioniert bestens.

## 6. „To stay“ statt „To go“

Kaffee und Essen zum Mitnehmen: Wer kennt das nicht? Mal schnell unterwegs einen Becher Kaffee geholt oder das Essen mitgenommen, statt vor Ort zu essen.

Alternative: Fast alle Geschäfte akzeptieren mitgebrachte Mehrwegbecher oder Dosen. In vielen Cafés wird der Einsatz für die Umwelt sogar belohnt und der Kaffee im Mehrwegbecher kostet weniger. Oder sich einfach mal Zeit nehmen und den Kaffee in Ruhe im Café trinken - das ist die noch schönere Variante Plastik zu vermeiden.

## 7. Bei Kosmetik auf Inhaltsstoffe achten

Flüssigseife, Peelings, Duschgel oder Mascara: Mikroplastik versteckt sich in vielen dieser Produkte - unter diversen Namen. Hinter Bezeichnungen wie Polyethylen (PE) oder Polyquaternium (PQ) können sich die kleinen Partikel verstecken. Auch flüssige synthetische Polymere, also in der Umwelt nur schwer abbaubare Substanzen können sich in

Kosmetik verbergen.

Alternative: Zertifizierte Naturkosmetik kommt ganz ohne erdölbasierte Bestandteile aus. Außerdem kann feste Seife für die Körperhygiene eine gute Alternative sein. Auch Shampoo und Haarkur gibt es in Seifenform. Für Peelings können Kaffeesatz, Zucker oder Meersalz verwendet werden. Und das Wichtigste: Auf die Inhaltsstoffe beim Einkauf von Kosmetik achten und das Kleingedruckte lesen.

### 8. Kleidung lange nutzen

Kleidung aus Synthetik: Häufig sind Sport- und Outdoorbekleidung aus Synthetikmaterialien, aus denen sich bei jedem Waschen kleine Plastikpartikel, sogenanntes Mikroplastik, herauslöst. Diese können in der Kläranlage nicht komplett herausgefiltert werden und somit in unsere Gewässer gelangen. Auch unsere Kleiderschränke füllen sich immer wieder mit neuer (oftmals nicht sehr hochwertiger) Kleidung, weil man die alte nicht mehr sehen mag.

Alternative: Ganz ohne Müll, aber dafür mit richtig viel Spaß, kommen auch Klammontentauschpartys mit Freundinnen und Freunden daher - so erhalten ältere Kleidungsstücke ein zweites Leben und Plastik wird nebenbei auch noch vermieden. Auch Secondhand-Shops und

hochwertigere Produkte fördern das Wiederverwenden von Kleidung. Und sollte man die Kleidung einmal nicht mehr behalten wollen sind Spenden an örtliche Wohltätigkeitsorganisationen die beste Wahl.

### 9. Müll trennen

Müllverbrennung erzeugt Treibhausgase: Landet der ganze Müll im selben Mülleimer, wird er als Restmüll verbrannt und erzeugt Treibhausgase. Auch Recycling kann energieaufwendig sein, ist aber trotzdem noch besser, weil es Rohstoffe wie Plastik und Metall mehrfach nutzt.

Alternative: Auch wenn es im Alltag manchmal mühsam ist: Konsequente Mülltrennung ergibt durchaus Sinn. Wer Glas und Papier zum Recycling bringt und aus Biomüll Kompost macht, wird kaum noch Müll in seiner Restmülltonne finden.

### 10. Müll sammeln

Plastikmüll im Meer: Am Strand, am See, am Flussufer - Plastikmüll in der Natur ist ein trauriger Anblick und doch allgegenwärtig. Am Ende landet viel von unserem Müll in den Mägen von Fischen, Walen und Seevögeln.

Alternative: Ärmel hochkrempeln und Müll sammeln! Jedes Müllteil, das gesammelt wird, kann keinen Tiermagen

mehr verstopfen. Bei Aktionstagen wie dem Coastal Cleanup Day, der jährlich Mitte September stattfindet, lernt man ganz nebenbei noch nette Leute kennen. Bitte sich dabei nach den Schutzvorschriften (z.B. Handschuhe tragen) erkundigen.

### Aufkeimende Hoffnung auf das Ende der Plastikflut

Die Regierungen der Welt haben auf der UNEA 5.2 das Mandat für ein rechtsverbindliches Abkommen zur Beendigung der Plastikkrise beschlossen! Das einstimmig verabschiedete Votum stimmt mit unseren inhaltlich optimistischen Hoffnungen überein. Dies ist ein historischer Moment für den globalen Umweltschutz und den Schutz der Meere!

Die verabschiedete UN-Resolution verpflichtet alle Staaten, bis Ende 2024 ein gültiges Vertragswerk zu entwickeln. Das muss globale Regeln, Verpflichtungen und wissenschaftlich messbare Ziele für alle und Unterstützung für ärmere Länder beinhalten. Und den gesamten Lebenszyklus von Kunststoff – vom Rohstoff bis zum Recycling der Produkte – abdecken. Das Mandat nimmt Staaten, Unternehmen und die Gesellschaft in die Pflicht.

---

## Aus dem Bauch gesprochen:

# Das Leid mit den Leitmedien, oder Krieg der Medien.

*Im Anfang war die Presse. Und dann erschien die Welt. (Karl Kraus)*

### ■ Von Monika Fath-Kelling



Bestandsaufnahme:

1. Soziologische Schichtzugehörigkeit: mehr als 90% der in den Medien Tätigen rekrutieren sich aus der unteren bis oberen Mittelschicht.
2. Die Protagonisten denken und han-

deln dementsprechend aus dem soziologischen Habitus (weder arm noch reich, bildungsbeflissen mit Hang zur Akademisierung, sich gern gut „im System“ einrichtend, aufstrebend, Hierarchie-affin...) dieser Schicht heraus.

3. Straffe Auswahlkriterien, die stark am Punkt 2. orientiert sind, schaffen ein homogenes Feld in der journalistischen Ausbildung.
4. Kriterien der Berufsrituale in die

Redaktionen während und nach der Ausbildung (Praktika muss man sich leisten können, „Stallgeruch“) verstärken die Folgen von 3.

5. Es gelten harsche ungeschriebene „Gesetze“ bei den Auswahlkriterien „über was“ kann und sollte berichtet werden. Und „wie“ darf über dieses „was“ dann geschrieben werden. (Stichworte Berufsethos, Redaktionskonferenzen).
6. Trotz der Möglichkeit „alternativer

Medien“ wird einem Strauß „arrivierter Medien“ (im Sinne der oben genannten Kriterien) die Definitivshoheit über die politisch „gültige“ Weltsicht von Seiten der Politik „zugesprochen“.

7. Die Teilhabe an dieser wichtigen Schnittstelle wird mit allen Mitteln, durchaus auch unehrenhaften, medial verteidigt. Sowohl „wider-sinnige“ journalistische Meinungen aus dem eigenen Feld, als auch von außerhalb des arrivierten Felds, werden gnadenlos geahndet.

In der Folge tritt eine starke Verengung der „berichtenswerten Wirklichkeit“, sowohl in Art und Umfang der Berichterstattung auf.

Diese Verengung durch Unterschlagen eines Großteils der von anderen Schichten, besonders den gesellschaftlich Marginalisierten, wahrgenommenen Wirklichkeit, erscheint nach außen wie „Zensur“, „gleichgeschaltete“ Presse, „Lügen“-Presse. Sie ist aber „nur“ freiwillige Selbstbeschränkung, was wiederum von den Protagonisten des Journalismus nicht immer als solche wahrgenommen wird (auf Grund ihrer Sozialisation, Ausbildung, des Berufsethos ...)

Fazit: Eine Zensur von außen findet generell nicht statt. Eine unreflektiert-selbstbeschränkte „berichtenswerte Wirklichkeit“ im journalistischen Feld existiert jedoch flächendeckend.

Dieser Bruch mit der Realität in den Leitmedien ist durch

- die Konzentration der Medienlandschaft auf wenige Konzerne,
  - den finanziellen Druck, der auf die Redaktionen umgeleitet wird,
  - die Geschwindigkeit der digitalen Medienpräsenz,
- mittlerweile an der Tagesordnung. Die Berichterstattung verschiebt sich zunehmend hin zur Abbildung der politischen Wirklichkeitsvorstellungen der Medienmacher.

Von dieser Entwicklung geht große Gefahr für die Demokratie aus. Nehmen wir pragmatisch an, dass es eine objektiv vorhandene Wirklichkeit gibt, über die berichtet werden kann. Ob sie maßstabsgetreu journalistisch abbildbar ist, ist die sich anschließende Frage. Auf jeden Fall existiert die stillschweigende Übereinkunft zwischen journalistischem Medium und Nutzer, dass das Medium die Wirklichkeit so gut wie

möglich abbilden soll, ohne erzieherische Konzepte im Hintergrund (Claus Kleber). Das ist ein schwieriger, wenn nicht schier unmöglicher Auftrag. Allein die Filterwirkung der vorgeschalteten Technik, vom schwächsten Glied der Kette, dem journalistischen Akteur ganz zu schweigen. („wer“ ist der Akteur...) Eine Live-Reportage ist in erster Linie Reportage, niemals „live“. Und „live“ ist für jeden Erlebenden anders. Beispiel, ein Unfall: jemand ist danach tot, jemand noch immer betrunken, einer hat einen Knall gehört, eine gesehen, wie das Opfer vom Rad gestürzt ist und wieder ein anderer hat gar nichts mitbekommen, weil er in sein Wischkästchen vertieft gewesen ist. Alle waren live dabei. Und sicher unterscheidet sich die Aussage eines Polizisten zum Geschehen vom Eindruck der unverletzt gebliebenen besten Freundin des Opfers.

Jeder „aufgeklärte“ Mediennutzer sollte natürlich große Skepsis walten lassen bei allem, was außerhalb der arrivierten Journalistenwelt berichtet wird. Skepsis gegenüber den öffentlichen Leitmedien jedoch wird sofort entrüstet gleichgesetzt mit Wahrheitsleugnung, „Aluhut“, Verschwörungstheorie. Wie viele als reine Verschwörungstheorien gezielte Wahrheiten sich im Nachhinein als Wahrheiten herausgestellt haben, wird nur zu gerne vergessen: Ein „Celler Loch“, NATO-Stay-Behind-Gruppen wie Gladio sind nur zwei von vielen Beispielen, da gäbe es noch Vieles zu entdecken, im - bis zu 120 Jahren - „Geheimhaltungspflichtigen“.

Natürlich nicht für die im politischen Betrieb als Leitmedien zugelassenen Medien. Die journalistischen Ergebnisse sogenannter alternativer Medien aber werden wegen ihrer nicht konformen Lesart der Wirklichkeit vorschnell diffamiert, das ist im schnellen Nachrichtengewerbe bequem. Sie werden bestenfalls als „alternative Fakten“, in der Regel als Bullshit, fake news, aus der Trollfabrik „eingeorndet“ und damit für den durchschnittlichen Mediennutzer Schmuddelware.

Mittlerweile nimmt dieses „zur Schmuddelware deklarieren“ von sogenannten fake news im arrivierten journalistischen Feld einen solch prominenten Stellenwert ein, dass dabei selbst auf fake news zurückgegriffen wird, um wasserdichte Beweise gegen sogenannte fake news zu liefern. Beispiel: Krieg

gegen den Irak wird begründet mit „Beweisen für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen“. Dass es natürlich auch erwiesene fake news in der Realität gibt, steht obigen Aussage nicht entgegen.

Obwohl ich den arrivierten Medien durchaus „Willen zur Wahrheit“ im journalistischen Betrieb unterstelle, stelle ich fest, dass die systemimmanenten Faktoren das Erkennen und Einordnen von Wahrheit im journalistischen Betrieb stark verengen und verkürzen. Und wenn es richtig „eng“ wird, zählt der habituelle Schulterschluss mit den Machteliten allemal mehr als Objektivität. Ich erinnere: Der Schlüssel im journalistischen Betrieb ist nicht Wahrheit oder Nicht-Wahrheit, sondern die Entscheidung zwischen „Berichtenswert“ und „Nicht-Berichtenswert“.

Fazit: uns sollte bewusst sein, dass auch den arrivierten Medien nicht immer zu trauen ist, vor allem nicht blind. Dieser Erkenntnis folgen aber keine politischen Konsequenzen, da das „Wissen“ aus den Massenmedien sich immer „wie von selbst“ zu einem sich selbst verstärkenden „stimmigen“ Gefüge verdichtet und somit selbst schwerste systemische Fehler als der berühmte Einzelfall erscheinen können. Wie sehr wir alle unsere politischen und gesellschaftlichen Grundüberzeugungen durch die Massenmedien empfangen, zeigt sich schlaglichtartig, wenn wir ab und zu Dinge, die wir aus eigenem Erleben kennen, solange nicht „wahrhaben wollen“, bis sie von den Medien als bemerkenswert „abgesegnet“ wurden. Das meint die Wirklichkeit erzeugende Macht der Medien. Das Fatale: Diese „gemachte Wirklichkeit“ besteht und gilt solange als „wahr“, bis sie durch eben dieselben Medien öffentlich als unwahr korrigiert würde. So es überhaupt welche gibt, werden diese „Korrekturen“ erfahrungsgemäß, eher „unauffällig platziert“.

Die derzeit eskalierende Berichterstattung und der massive Medieneinsatz pro „Krieg gegen Russland“ sind seit Jahren vorbereitet und werden, wenn nicht ein Wunder geschieht, in eine noch viel größere Katastrophe münden. Eine Art „erweiterter Suizid“ auf mehreren politischen Ebenen bahnt sich gerade an. Vielen kritischen Mediennutzern ist klar, dass die globalisierte Beschleunigung im Nachrichtengewerbe ein „casus nacctus“ dieser neuzeitlichen Journalistik ist. Der Reportage-Stil wird immer

blumiger und gefühlicher, der politische Inhalt immer mehr auf schwarz-Weiß gebürstet, die Drehgeschwindigkeit der Berichterstattung lässt die Meldungen förmlich „abheben“. Die Russland/Ukraine-Berichterstattung erreicht diesbezüglich gerade ein lange nicht mehr erreichtes Propaganda-Niveau.

Ganz besonders perfide ist dieser Welt-sichtjournalismus in Foren, die langsamer ticken, wie Wochenzeitungen, Wissenschaftsjournalismus, Essay-Sammlungen zu Politik und Geschichte. Denn dort sollte Raum und Zeit für gründliche Recherchen, Richtigstellungen von vorschnellen Fehlmeldungen und Herausarbeiten der verschiedenen Perspektiven auf die Wirklichkeit sein. Hier muss „Versagen auf breiter Front“ vermeldet werden, weil Redaktionen sich auf die bequeme Haltung zurückziehen „interessiert doch eh keine Sau mehr“ in unseren beschleunigten Zeiten.

Als seien die angerissenen systemisch bedingten Verzerrungen in der Berichterstattung über die Wirklichkeit noch nicht genug, obliegen dem Kreis der „Edelfedern“ mit ihrer gepflegten Nähe zur Macht, noch das Hüten zweier ex-

trem bedeutsamer Stellschrauben im Geschäft des Herrschaftserhalts. Diese machen die Berichterstattung wiederum für die Politik und den Kreis der Mächtigen überhaupt erst beachtenswert:

Erstens, die „Verwaltung“ des öffentlichen Rederechts, wer darf wo und in welchem Kontext öffentlich seine Ansichten zum Besten geben, und zweitens, wie wird dann diese Äußerung vom arrivierten journalistischen Feld eingeordnet und bewertet.

Genaugenommen die Steuerung von Reichweite und Relevanz einer öffentlichen Äußerung. Mit diesem Aspekt der medialen Öffentlichkeit allein ließen sich Bände füllen.

Ich möchte in der gebotenen Kürze an dieser Stelle, sozusagen exemplarisch, auf das politische und medial-öffentliche Schicksal eines einstmals „Unsrigen“ hinweisen:

Wer das politische und medial-öffentliche „Werden“ und „Vergehen“ von Oscar Lafontaine Revue passieren lässt, dem entfaltet sich deutlich und kraftvoll die gesamte Wirkungsmacht der medialen Mainstream-Wächter und ihren Umgang mit Verrätern an den hegemonialen Wertvorstellungen. Ich will dazu

nur anmerken: Lieber Oscar die bundespolitischen Player samt SPD hätten sehr gut daran getan, sich öfters auf deine Interpretationen der Wirklichkeit einzulassen. Ich wünsche dir einen frohen Lebensabend!

Leider wird es diskursive Gepflogenheit x-beliebig einen mehr oder weniger stinkenden Mülleimer ( rechtsradikal, AfD-affin, links-außen, Putin-Getreuer...) neben einem unbequemen, „gegnerischen“ Mit-Diskutanten zu platzieren. Somit ist gewährleistet, dass das Gegenüber durch den verständlichen Reflex des „sich Verwahrens“ vom eigentlichen Thema der Diskussion abgelenkt wird. Damit ist das eigentliche Thema vertagt, das ist eine Menge „Wert“ in unserer schnelllebigen Zeit. Wir sollten aufpassen, dass dieses „schnell“ das „leb'-ich“ nicht überholt.

*Den Splitter im Auge deines Bruders siehst du,  
den Balken im eigenen Auge nicht...*

Wer sich umfassender ins Thema Medienkritik einlesen mag, dem sei Marcus B. Klöckner, „Sabotierte Wirklichkeit“ (Westend Verlag) vorgeschlagen.

---

# Die Glaubwürdigkeit der SPD als Partei des Friedens steht auf dem Spiel

■ Von Helmut Aichele



Wieder einmal wurde von der Koalitionsregierung ein überraschender Beschluss bekannt, über dessen Auswirkungen und Durchführung völlige Unklarheit herrscht. Schließlich muss das Parlament und nicht die Regierung entscheiden, wofür die 100 Mrd. Sondervermögen ausgegeben werden.

In der Regierungserklärung von Olaf Scholz heißt es (zitiert nach Vorwärts 1/2022):

Für die nukleare Teilhabe werden wir rechtzeitig einen modernen Ersatz für

die veralteten Tornado-Jets beschaffen. Der Eurofighter soll zu Electronic Warfare befähigt werden. Das Kampfflugzeug F-35 kommt als Trägerflugzeug in Betracht.

Diese Aussage entspricht einer einseitigen, militaristischen Abschreckungsstrategie und hat nichts mit Verteidigung und schon gar nichts mit Friedenspolitik zu tun. Dieses Denken sollte in unserer Geschichte seit W Brandt, E. Bahr und E. Eppler und all ihrer Mitstreiter als überwunden gelten. Diese Aussage steht somit auch im krassen Widerspruch zum letzten Teil der Regierungserklärung, die da lautet:

...„wir wissen wofür wir einstehen, auch angesichts unserer eigenen Geschichte. Wir stehen ein für den Frieden in Eur-

opa. Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.

Diese verwirrende Widersprüchlichkeit und Unklarheit der Aussagen schadet der Glaubwürdigkeit der SPD kolossal. Es wird die Aufgabe der Parteibasis mit den Fraktionsabgeordneten sein, für Klarheit und bessere Darstellung in der Öffentlichkeit zu sorgen.

Sachliches Informationsmaterial gibt es in Hülle und Fülle. – Also packen wir es wieder mal an, und kämpfen erst in der Partei und dann auch nach Aussen für eine glaubhafte Friedenspolitik der SPD.

# Konfliktbilder als Grundlage einer zukunftsfähigen Sicherheitsstrategie – Vorausschau, Transparenz und Partizipation für die Nationale Sicherheitsstrategie

■ Von Mark Schuster



Die Instrumentalisierung von Flucht und Migration, digitale Attacken auf Wahlen und Infrastrukturen, Hyperschallwaffen, vollautomatisierte bewaffnete Drohnen und gläserne Gefechtsfelder weltweit: Die Vorstellungen über die Formen künftiger Konflikte bestimmen schon heute darüber, wie Staaten ihre Sicherheitsvorsorge gestalten und ihre Sicherheitskräfte ausrüsten. Mutmaßlich greifen rein militärische Konzeptionen dabei angesichts des verstärkt hybriden Charakters von Auseinandersetzungen zu kurz. Daher sollten der in Bearbeitung befindlichen Nationalen Sicherheitsstrategie komplexe Konfliktbilder zugrunde gelegt werden, die unterschiedliche Aspekte nationaler wie auch internationaler Sicherheit umfassen. Weil solche Konfliktbilder langfristig bindende Beschaffungs- und Organisationsentscheidungen mitbestimmen, wie sie entstehen. Kriterien für Konfliktbilder möglichst hoher Güte sind eine wissenschaftsbasierte Vorausschau, parlamentarische und öffentliche Beteiligung sowie ressortgemeinsame Strategieentwicklung.

In die Erarbeitung der Nationalen Sicherheitsstrategie werden unweigerlich Vorstellungen von den Erscheinungs- und Austragsformen künftiger Konflikte einfließen. Diese Vorstellungen haben insofern Einfluss darauf, welche zivilen wie militärischen Instrumente, Kapazitäten und Wirkmittel beschafft oder wie Entscheidungsstrukturen und Vorsorgefähigkeiten organisiert werden. Glaubt man bspw., dass zukünftige Konflikte v.a. in der digitalen Welt ausgetragen werden, wird man eher in Cyber-Fähigkeiten und Maßnahmen investieren, die die Resilienz der Zivilbevölkerung im physischen wie auch im virtuellen Raum stärken, als in die Entwicklung klassischer militärischer Plattformen. Konfliktbilder fassen die unterschiedlichen Vorstellungen davon zusammen,

wie Auseinandersetzungen und Herausforderungen in der Zukunft aussehen.

## Orientierung durch Konfliktbilder

Konfliktbilder basieren auf Annahmen über hypothetische Ereignisse und Entwicklungen in der Zukunft. Eine Vielzahl von Faktoren fließt in sie ein, bspw. aktuelle Bedrohungspereptionen eines Staates, das Wissen um Ressourcen, Feind- und Selbstbilder oder eben auch technische Entwicklungen. So verrückt es klingt, ebenfalls nehmen fiktionale Werke Einfluss auf unsere Konfliktbilder. Sie spiegeln die unzählige Vielfalt hypothetischer Herausforderungen zurück in die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den vielen denkbaren Zukünften. Die Aneignung all dieser Einflüsse vollzieht sich nicht immer in einem bewussten Prozess, sondern oftmals unterbewusst, weswegen zugrundeliegende Annahmen zu Konfliktbildern gezielt hinterfragt werden sollten. Konfliktbilder beschreiben und verdichten die heterogenen Vorstellungen und bieten damit Orientierung für die gesellschaftliche Debatte, aber auch für politisches Handeln.

Kriegsbilder sind als Teilmenge von Konfliktbildern zu verstehen und sind ihre extreme, vorwiegend militärische Form. Florian Reichenberger prägte hierfür den Ausdruck „gedachte Kriege“, was ihren imaginären Charakter unterstreicht. Das Spektrum an Konfliktbildern reicht von örtlich begrenzten Krisen bis zu weltumspannenden Kriegen. Sie umfassen letztlich alle Facetten sicherheitspolitischer Herausforderungen, bspw. inner- und zwischenstaatliche Konflikte wie auch solche mit und ohne physische Gewaltanwendung. Ein aus meiner Sicht wichtiger Bestandteil zeitgenössischer Konfliktbilder sind hybride Bedrohungen. Die Krise an der polnisch-belarussischen Grenze ist nur das „jüngste“ Beispiel von vielen, bei denen die Hoffnungen verzweifelter Menschen für politische Zwecke missbraucht werden. In unkonventionellen Konflikten werden Söldner oder „grüne Männchen“ (russische Soldaten ohne Abzeichen) eingesetzt, digitale und ana-

loge Mittel genutzt und physische wie psychische Schwachstellen angegriffen. Klimawandelinduzierte Krisen und Konflikte legen nahe, dass das Potential für Massenflucht und -migration in der Zukunft eher größer werden wird. Ebenso plausibel erscheint, dass interessierte Regierungen die Effekte schlechter werdende Lebens- und Umweltbedingungen weiterhin strategisch ausnutzen werden.

## Relevanz für Entscheidungen und Strategiebildung

Überall dort, wo es um langfristige Projekte oder lange Nutzungszeiten geht, wird die praktische Relevanz von Konfliktbildern in besonderem Maße erkennbar. Deutlich wird dies insbesondere im militärischen Bereich, in dem extrem lange Beschaffungszeiten und eine noch extremer ausgedehnte Nutzungsdauer nicht ungewöhnlich sind. Speziell bei großen, langfristigen Rüstungsprojekten wie dem Future Combat Air System (FCAS) können Veränderungen des Einsatzumfeldes – die nicht im Konfliktbild berücksichtigt waren, das der Systemkonzeption zugrunde lag – schwerwiegende Folgen für die Einsetzbarkeit haben. Sollte sich im konkreten Fall erweisen, dass etwa bemannte Systeme wie FCAS (ist noch als bemanntes Flugsystem geplant!) im Luftkampf gegen unbemannte Systeme wie bewaffnete Drohnen chancenlos sind, wäre das eine finanzielle aber auch strategische Katastrophe.

Diese Lenkungswirkung macht Konfliktbilder zu einer wichtigen Grundlage für die Strategieentwicklung. Sie trägt aber auch dazu bei, dass diese Bilder politisch umstritten sind. Wer im Gefüge der (auch um Ressourcen konkurrierenden) Institutionen der gesamtstaatlichen Sicherheitsarchitektur die Deutungshoheit über Konfliktbilder erlangen kann, vermag wesentliche Richtungsentscheidungen über zukünftige Investitionen zu beeinflussen. Weil auf Vordenker\*innen ebenso wie Entscheider\*innen vielerlei Faktoren einwirken – wie Medien, aber auch Lobbyinteressen oder Karrierechancen –, ist eine möglichst breite

Diskussion von Konfliktbildern notwendig. Damit nachvollziehbare Beschaffungsentscheidungen getroffen werden können, müssen Konfliktbilder, aber auch Interessen offengelegt werden. Komplexe Konfliktbilder eignen sich als Bezugspunkt für die Entwicklung einer nachhaltigen Strategie, die aktuelle Herausforderungen aufnimmt, ohne der Gegenwart verhaftet zu bleiben. Es muss zum einen darum gehen, möglichst gut auf möglichst viele denkbare Zukünfte vorbereitet zu sein. Dies bedeutet, für ein breites Spektrum vorstellbarer sicherheitspolitischer Anforderungen Robustheit und Vielseitigkeit zu erreichen. Zum anderen muss die Nationale Sicherheitsstrategie auf methodisch erarbeiteten und wissenschaftlich fundierten Vorstellungen über die Zukunft (insb. Szenarios) fußen. Hierzu bedarf es der Erkenntnisse der Zukunftsforschung.

### **Beiträge der Zukunftsforschung**

Während Kriegsbilder eine Teilmenge von Konfliktbildern sind, sind Konfliktbilder wiederum eine Teilmenge von Zukunftsbildern. Jede Form der Zukunftsanalyse haftet aufgrund ihrer Befassung mit (noch) nicht beobachtbaren Sachverhalten ein hohes Maß an Ungewissheit an. Ungeachtet dessen lassen sich auch für die Zukunftsforschung wissenschaftliche Standards und Gütekriterien definieren. Deren Beachtung sichert ein Höchstmaß an Wissenschaftlichkeit, für die Kriterien wie Nachvollziehbarkeit, methodische Angemessenheit und Integrität des Analyseprozesses gelten, Zukunfts- bzw. Konfliktbilder, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, ermöglichen insofern fundierte (sicherheits-) politische Entscheidungen über vorsorgende Investitionen oder Beschaffungen.

Grundsätzlich zu unterscheiden ist dabei zwischen: 1. der taktischen/situativen Früherkennung und 2. der strategischen/strukturellen Vorausschau. Während Erstere versucht, konkrete Ereignisse in der nahen Zukunft vorherzusagen, konzentriert sich Letztere auf mittel- bis langfristige Entwicklungen von zehn bis dreißig und mehr Jahren. Für die hier diskutierte vorsorgende Sicherheitspolitik ist insbesondere die (strategische) Vorausschau einschlägig. Es geht im Kern darum, Erkenntnisse über langfristige Entwicklungen über langfristige Entwicklungen zu gewinnen, die eine frühzeitige Anpassung der eigenen Planungen und Vorkehrungen

an mögliche, plausible und wahrscheinliche Konflikte erlauben. Dabei gilt, dass die Befunde der Zukunftsforschung umso unsicherer werden, je weiter sie vorausblickt. Daher werden in diesem Kontext häufig Szenarien entwickelt, die unterschiedliche Verläufe künftiger Entwicklungen abbilden und somit einen größeren Zukunftsraum abdecken können.

### **Strukturierte Konfliktbildgenese**

Konfliktbilder sollten einerseits die nötige Tiefenschärfe aufweisen, um zur Grundlage langfristig wirksamer strategischer Festlegungen werden zu können, und andererseits breite Akzeptanz in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft finden. Um beides zu gewährleisten, sollten sie in einem reflexiven Prozess erarbeitet werden, der wissenschaftliche Qualitätskriterien mit repräsentativer Beteiligung verbindet.

Die Konzipierung einer auf Konfliktbilder ausgerichteten strategischen Vorausschau umfasst mehrere Prozessschritte, beginnend mit der Erhebung von Daten, Einflussfaktoren und Konfliktbedingungen, die für künftige Konfliktkonstellationen relevant sein könnten. Auf Basis der gesammelten Informationen werden in der Primäranalyse die wichtigsten Faktoren und Bedingungen identifiziert und zu Szenarien ausgearbeitet, die in den unterschiedlichen Varianten zueinander in Beziehung setzen. Narrative Beschreibungen dieser Kombinationen können die erarbeiteten Szenarien zu aussagekräftigen Konfliktbildern verdichten. Die Beteiligung von Fachleuten wie auch von Laien an der Wissensakkumulation und Analyse stellt sicher, dass vielfältige Perspektiven und unterschiedliche Annahmen über denkbare Zukunftsentwicklungen berücksichtigt werden (Citizen Science).

Ergänzend zum deskriptiv-analytischen Vorgehen schließt sich eine Diskussion an, in der es darum geht, sich unterschiedliche Präferenzen für mehr oder weniger wünschenswerte Konfliktbilder zu vergegenwärtigen, sie zu bewerten und gegeneinander abzuwägen. Eine parlamentarische Komponente wie auch direkte Bürgerbeteiligung, bspw. analog zum 2021 aktiven Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“, sichern dabei ein möglichst hohes Maß an gesellschaftlicher Repräsentativität. Auf der Basis dieser mehrdimensionalen und multiperspektivischen Analyse und Bewertung können abschließend Prio-

ritäten für strategisches Planen und sicherheitspolitisches Handeln festgelegt und auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten hin geprüft werden.

Ebenso wichtig wie die strukturierte Erarbeitung von Konfliktbildern ist die kontinuierliche Evaluierung dieser Bilder. Sie kann durch ein fortgesetztes Monitoring der Entwicklung von Einflussfaktoren und Kontextbedingungen in der sich real entfaltenden Zukunft erfolgen. Entsprechend den Prüfungsergebnissen können die Szenarien kontinuierlich angepasst und weiterentwickelt werden. So lässt sich gewährleisten, dass Konfliktbilder nicht den Bezug zur empirischen Realität verlieren und zu Trugbildern werden.

### **Debatte statt Geheimhaltung**

Kohärenz in der Vorbereitung auf künftige sicherheitspolitische Herausforderungen basiert auf klaren Konfliktbildern, auf denen sich Prioritäten für eine bedarfsgerechte Strategiebildung auf nationaler Ebene ableiten lassen. Im (veralteten) Weißbuch 2016 ist die Förderung der deutschen Strategiefähigkeit unterstrichen worden. Der Fokus im Weißbuch liegt jedoch auf der Früherkennung relativ kurzfristiger Krisen und damit auf konkreten Prognosen.

Freilich gibt es auch Dokumente, die im Sinne der strategischen Vorausschau, längere Zeiträume umspannen, jene etwa, die im Planungssamt der Bundeswehr für das BMVg erstellt werden. Die zuständige Behörde im Ministerium hält sich allerdings bedeckt, die Papiere sind als geheim eingestuft und für die Allgemeinheit schwer oder gar nicht einzu-sehen. Die Geheimhaltung von Dokumenten, die sich mit politisch heiklen, aber denkbaren Zukunftsentwicklungen befassen ist zwar durchaus nachvollziehbar, kann die Akteure aber jedoch auch in die Defensive zwingen. Sichern dabei entwickelte Vorstellungen unfreiwillig durch, wie 2017 bei Überlegungen zum Zerfall des Westens, wird der Öffentlichkeit die Tragweite der Beschäftigung mit hypothetischen Zukünften ebenso schlagartig wie unvorbereitet bewusst. Die Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit sollte daher nicht gescheut, sondern aktiv gesucht werden. Denn möglichst breite Akzeptanz von Konfliktbildern entsteht im Zuge eines offenen Austauschs von Argumenten und Positionen. Werden insbesondere weitreichende Entscheidungen, etwa zur Beschaffung militärischer Güter,



stattdessen intransparent getroffen, lädt dies zu an sich vermeidbarem Misstrauen und Kritik geradezu ein.

Hilfreich ist der Blick über die Grenzen: Sowohl in den USA als auch in Großbritannien und Frankreich herrscht große Transparenz beim Umgang mit Konfliktbildern. Die grundlegenden, auf die Zukunft gerichteten sicherheitspolitischen Überlegungen werden viel selbstverständlicher öffentlichen Debatten ausgesetzt. Das kann zwar durchaus kontroverse Auseinandersetzungen darüber mit sich bringen, welche Folgerungen für konkrete sicherheitspolitische Maßnahmen daraus abzuleiten sind. Diese sind aber nicht nur notwendig, um Wirtschaft und Gesellschaft mitzunehmen, sondern gelten geradezu als Verpflichtung für eine verantwortungsbewusste Politik.

In Deutschland sollten Dokumente zu Konfliktbildern weniger restriktiv eingestuft werden, um einen breiteren strategischen Dialog zu ermöglichen. Entscheidend ist die Transparenz bei der Erarbeitung; Folgerungen und Entscheidungen der Exekutive können weiterhin schutzbedürftig sein. Gleichzeitig ist es erforderlich, die auf nationaler Ebene erarbeiteten Konfliktbilder und Strategien regelmäßig mit Partnern und Verbündeten abzugleichen. Perspektivisch könnte eine gemeinsam durchgeführte Vorausschau in die Entwicklung geteilter Konfliktbilder münden. Dadurch würde nicht nur Vertrauen gestärkt, sondern auch der Anreiz für kollektive Entwicklung und Beschaffung von sicherheitspolitischer Ausrüstung erhöht werden.

### **Ressortübergreifende Kooperation**

Die Bundesregierung hat in den 2017 erschienen „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ die Absicht betont, ihre Werkzeuge für gemeinsame Analyse, Planung und Willensbildung weiterzuentwickeln. Die strategische Bedeutung ressortübergreifender Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik erkennt die Regierung dabei an. Im Fokus stand allerdings allein die Außenpolitik. Es muss jedoch auch darum gehen, einen ressortgemeinsamen Bezug zur Bedrohungslage in, um und für Deutschland herzustellen und die Konzeption sicherheitspolitischer Strategien wie auch die Entwicklung militärischer Fähigkeiten daran auszurichten.

In der Sicherheitspolitik mangelt es an

einer synthetisierenden Betrachtung der Einzelbefunde, die übergreifende Schlüsse für den Umgang mit multidimensionalen Herausforderungen erlauben würde. Zwar gibt es Beratungs- und Austauschprozesse, in denen Expert\*innen aus einem Bereich jene eines anderen unterstützen oder an ihren Ergebnissen teilhaben lassen. So tagt regelmäßig ein Ressortkreis Strategische Vorausschau, der vom Kanzleramt geleitet wird. Dieser dient jedoch in erster Linie dazu, die teilnehmenden Ressorts über die Vorausschauprozesse der jeweils anderen zu informieren. Die gemeinsame Ausarbeitung von Zukunftsszenarien oder gar Konfliktbildern gehört bislang nicht zu seinen Aufgaben. Dass die ressortgemeinsame Analyse unterentwickelt ist, monierte bereits der Bundesrechnungshof für den Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Übergangshilfe“. Die Empfehlung an die in diesem Fall betroffenen Ministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Auswärtige Amt lautet, eine ressortgemeinsame Analyse zur Grundlage abgestimmter Planung zu machen.

### **Ausblick: Vorausschau und Vorsorge**

Die vielen (mehr oder weniger) unerwarteten Krisen und Konflikte im 21. Jahrhundert haben die Bedeutung von (strategischer) Vorausschau und einer angemessen vorsorgenden Politik verdeutlicht. Zuletzt hat die Pandemie offenbart, wie unzureichend nationale wie internationale Akteure auf durchaus absehbare Herausforderungen vorbereitet waren. Auch die Anpassungsleistungen, die der Klimawandel erforderlich macht, sind hinlänglich bekannt. In Wirtschaft und Gesellschaft ist der Unmut über die unzulänglichen Vorkehrungen für diese wie auch weitere „angekündigte Überraschungen“ verbreitet. In der Folge wurden öffentliche Forderungen nach mehr oder besserer staatlicher Vorsorge laut. Diese Forderungen finden politischen Widerhall, wie sich in der verstärkten Resilienz-Orientierung der EU zeigt. Unter den G7-Mitgliedstaaten wird ebenfalls über Wege zum Ausbau des Wohlfahrts- und Versorgungsstaates zum Vorsorgestaat diskutiert, wie das Abschlusskommuniqué des letzten G7-Gipfels andeutet, der 2021 in Cornwall stattfand.

Mehr oder weniger unerwartete Krisen und Konflikte treten auch im sicherheitspolitischen Kontext auf. Das

zeigt sich am gegenwärtigen Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine ebenso wie an neuartigen Bedrohungen wie der gezielten Verbreitung von Falschinformationen durch Social Media oder Staatsfernsehen wie RT DE. Um der sicherheitspolitischen Dimension künftiger Konflikte Rechnung zu tragen, sollten die Abgeordneten des Bundestages, aber auch die Mitglieder der Bundesregierung immer wieder die öffentliche Auseinandersetzung mit Konfliktbildern fördern und einfordern. Schließlich sind komplexe Konfliktbilder, die sich auf methodisch erarbeitete und kontinuierlich überprüfte Szenarien stützen, ein wichtiger Beitrag zur Findung von Entscheidungen über die Streitkräfteentwicklung und den Zivil- bzw. Katastrophenschutz.

Das geeignete Forum für die politische Debatte über Konfliktbilder und darüber, wie mit denkbaren Bedrohungen umgegangen werden soll, ist zunächst der Bundestag und sind seine Ausschüsse. Hier fehlte bislang aber der eine Anlass, der die Beschäftigung mit künftigen Herausforderungen aus sicherheitspolitischer Sicht regelmäßig auf der Tagesordnung verankert. Die vom Verteidigungsministerium vorgeschlagene Sicherheitswiche könnte hierfür ein wiederkehrendes Format bilden. Anknüpfungspunkt für die Debatte könnte ein überparteilich erarbeiteter und öffentlich zugänglich nationaler Risikobericht sein, wie ihn Nikolaus von Bomhard vorgeschlagen hat.

Wichtig wäre, dass in so einer wichtigen Sicherheits- oder auch Strategiewoche Raum ist für Debatten über unterschiedliche Vorstellungen dazu, welche Zukunftsentwicklung von Staat und Gesellschaft in ihrer europäischen und internationalen Umwelt wünschenswert sind. Dazu ließen sich bürgergesellschaftliche Beiträge und Stellungnahmen einbeziehen. Denn über Regierung, Administration und Parlament hinaus geht es um Gesellschaftsbeteiligung. Bleibt die Frage, wer für die Zusammenführung von Konfliktbildern und nationaler Strategie zuständig sein soll. Wird einem Ressort die Leitung für das Erarbeiten einer gesamtstaatlichen Strategie übertragen, hat dies mit Blick auf Prozess und Ergebnis quasi reflexhaft Akzeptanz einbußen bei den anderen Ministerien zur Folge. Eine dadurch angestoßene „kompetitive Strategiebildung“ durch letztere wäre indes sowohl nach innen wie nach außen irritierend. Na-

## ■ Diskussion/Distrikte

türlich muss jedes Ressort die Möglichkeit haben, sich mittels konzeptioneller Dokumente der eigenen politischen Aufgabenstellung zu vergewissern und dies nach außen darzustellen. Ressort-gemeinsame Strategiebildung umfasst jedoch mehr als die Addition solcher

Dokumente. Insofern bedarf sie eines klar definierten Zentrums, dem die strategiepolitische Kohärenz-Kompetenz zukommt. Größere Prozesszufriedenheit und Ergebnisakzeptanz lassen sich durch die Einbindung aller relevanten Akteure unter dem Dach dieses stra-

tegischen Zentrums erreichen. Nicht zuletzt entstünden dadurch gute Ausgangsbedingungen für die Arbeit an einer zukunftsweisenden Nationalen Sicherheitsstrategie.

## ■ Distrikt Innenstadt

### Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling

Telefon: 897065

kellingmo@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder:

Kurz-Protokoll der Präsenz-Sitzung vom 15.März 2022 ab 20 Uhr im Nebenraum der Kulisse

Anwesend: 5 Genoss\*innen

Eine „Handvoll“ getreuer Genossen\*innen genossen die Sitzung in unserem traditionellen Sitzungszimmer in der Kulisse. Wir diskutierten ausdauernd die aktuelle Ukraine-Krise, sowie Aktuelles aus Erlangen. Nach der langen Pause war das ein Vergnügen,

trotz der eher düsteren Tagesordnung.  
Protokoll: Monika Fath-Kelling

Der nächste Distrikts-Sitzungstermin ist am 12.April um 19.30 im Kaiser Wilhelm (am Lorlebergplatz) gemeinsam mit unseren Genossen aus dem Erlanger Osten geplant. Im Mittelpunkt der Diskussion steht der aktuelle Krieg, und die Politik die sich daraus ableiten sollte.

Felix Klingert und ich freuen uns auf viele Teilnehmer\*innen.

Liebe Grüße Monika

## ■ Distrikt Süd

### Vorsitzender:

Andreas Richter

andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere nächste Distriktsitzung findet statt

### **am Mittwoch, den 27.4., um 20 h.**

Nachdem die Corona-Regeln gelockert sind und wir für Ende April auf bessere Bedingungen hoffen, versuchen wir es mit einer Präsenzsitzung und treffen uns im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1.

Falls es doch zu einer schlechteren Corona-Lage kommen sollte, würden wir kurzfristig auf online umstellen und dies per E-Mail kommunizieren.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist:

1. Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Neubesetzung stellv. Stadtteilbeiratsmitglied
4. Diskussion über ein festzulegendes aktuelles politisches Thema
5. Sonstiges

## **Protokoll der Sitzung im Distrikt Süd vom 09.02.2022**

Anwesend: Günter Laurer, Andreas Richter, Friedrich Mirle, Eda Simsek, Christian Wonnerth, Chantal-Sophié Eidt  
Protokoll: Christian Wonnerth

### **1. Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat**

Vergangenen Freitag, den 11.02.2022, fand ein Gespräch zwischen dem Stadtteilbeirat und den Fraktionen statt. Hier wurde von einem Genossen eine Verbesserung des Informationsflusses ge-

wünscht. Von Seiten der SPD-Fraktion wurde hierfür als Lösung vorgeschlagen, dass sich die StadtteilbeiratInnen auch direkt mit den Mitgliedern des Stadtrats in Kontakt setzen können. Die Tagesordnungspunkte der informellen Sitzungen des Stadtteilbeirats haben die StadträtInnen nämlich nicht. Das Thema wird noch einmal in der kommenden Distriktsitzung behandelt.

### **2. Aktuelles aus dem Stadtrat**

a) Dunja Zaouali wird einen Antrag für die Fraktion zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Schüler\*innen der Michael-Pöschke-Schule verfassen. Die

Situation an der Kreuzung Liegnitzer Str./ Marienbader Str. verunsichert viele Kinder. Mögliche Lösung wäre die Unterstützung durch eine\*n Schülerlots\*in. Eine Planung wird wahrscheinlich erst nächstes Jahr möglich, da das Amt derzeit überlastet ist. Der Entwurf von Dunja Zaouali wird in Zusammenarbeit mit Andreas Richter finalisiert.

b) Eda Simsek möchte noch einmal das Thema „Anwohner\*innenparken für Studierende“ in der Fraktion bzw. den UVPA thematisieren, da Studierende hier mangels Erstwohnsitz in Erlangen keine Möglichkeit haben, um an einen Parkausweis zu gelangen. Andreas Richter wird hierzu noch einmal mit Hr. Dr. Korda Kontakt aufnehmen.

c) Das Thema „Baumfällung am Berg“ wird noch einmal im Stadtrat behandelt, da ein Kompromiss gefunden wurde. Das Thema wird noch einmal vertieft von einem externen Ingenieurbüro geprüft, bei dem auch die Vorschläge der BI berücksichtigt werden.

d) Für den Jugendhilfeausschuss am 10.02.2022 wurde von Eda Simsek ein Berichts Antrag zu den mehrsprachigen Angeboten sowie dem Angeboten in einfacher Sprache der Stadt Erlangen gestellt. Die erste Erkenntnis ist, dass ein vielfältiges Angebot existiert. Auch das Familien-ABC der Stadt und des Landkreises wurde im Bereich „Wissenswertes“ zum Teil übersetzt, ist aber in der Anwendung kompliziert und ausbaufähig.

### 3. Vorschlag Umstrukturierung Distrikte

Der Termin für die Veranstaltung zum

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer  
Distriktversammlung

**am Mittwoch,  
06.04.2022, 19.00  
Uhr Schlossgaststätte,  
Schlossgasse 7**

Tagesordnung :

- 1) Aktuelles: zur politischen Lage.
- 2) Bericht vom StUB-Lokalforum Ten-

gemeinsamen Austausch der Distrikte steht noch nicht fest. Gerne kann sich jede\*r, die\*der auch bei der Veranstaltung mit dabei sein möchte, bei Andreas Richter melden.

### 4. Diskussion über ein festzulegendes aktuelles politisches Thema

Christian Wonnerth berichtet über aktuelle Probleme der Mieterinnen rund um die Breslauer Straße mit der Dawonia, welches seit mehreren Wochen und Monaten präsent ist und mittlerweile so hohe Wellen geschlagen hat, dass auch der Bayerische Rundfunk vor Ort erschien. Andreas Richter bestätigt, dass ein Intervenieren durch die Stadt Erlangen nur schwer möglich ist, Erfolge gegenüber der Dawonia konnte man mit der Sozialwohnungsquote für Neubauten erzielen. Dass es seit der Veräußerung der ehem. GBW-Wohnungen an die Dawonia regelmäßig zu Problemen kommt, ist bekannt. Über die Reaktivierung der GBW-Mieterinitiative sollte nachgedacht werden, hierzu werden sich Andreas Richter und Christian Wonnerth austauschen.

### 5. Sonstiges

a) Im letzten GKV wurde der Beschluss gefasst, dass die Auslagen von Andreas Richter aus der letzten Kommunalwahl für Wahlmaterialien des Distrikts vom Kreisverband übernommen werden. Umsetzung erfolgt durch die Kassiere des Distrikts und des Kreisverbands sowie der Kreisgeschäftsstelle. Die Bezahlung der beauftragten Verteilung hatte Andreas Richter gespendet.

b) Die nächste Distriktssitzung findet am 23.03.2022, um 20 Uhr statt. Weitere Infos folgen durch Andreas Richter.

nenlohe-Wetterkreuz am 30.03.

- 3) Bericht vom 2. Distriktgespräch am 30.03. mit Diskussion des Konzeptes zur Neuausrichtung des Distriktstrukturen.
- 4) Fragebogen zur Schulwegsituation (Entwurf von Hans Hauer)
- 5) Anträge aus der Ortsbeiratssitzung: Verschmutzungsprobleme u.a.
- 6) Verschiedenes

Für den Vorstand  
Rolf Schowalter

## ■ Distrikt Tennenlohe

**Vorsitzender:**

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

## Protokoll der Distrikt-Jahreshauptversammlung vom 09.03.2022 in Tennenlohe

### Top 1: Bericht des Vorsitzenden

Der Vorsitzende Rolf Schowalter eröffnet die Sitzung. Anwesend sind sieben Distriktmitglieder, vier sind entschuldigt. Der Distrikt hat aktuell 27 Mitglieder. Im Berichtszeitraum ab dem Juli 2021 wurden sieben Präsenzsitzungen durchgeführt. Wichtige Themen waren die erfolgreiche Bundestagswahl im September, für die in Tennenlohe flächendeckend und in Eltersdorf teilweise plakatiert und Infomaterial verteilt wurde. In der Septembersitzung waren die SPD-Kreisvorstandsmitglieder Munib Agha und Lisa Kaufmann anwesend und berichteten aus dem Kreisvorstand.

Weitere Themen betrafen in der Regel die Bundespolitik und die Arbeit im Distrikt. Im Berichtszeitraum wurden zwei Tennenloher Boten flächendeckend verteilt. Rolf bedankt sich herzlich bei Willi Horn für die Organisation unseres Distriktausflugs nach Dinkelsbühl (s. Bericht im Tennenloher Boten „Dinkelsbühl als Ausflugsziel“). Das traditionelle Gansessen des Distrikts fand diesmal coronabedingt mit einer geringeren Beteiligung statt.

Der Distrikt kämpft momentan mit zwei Problemen. Wer kümmert sich um die Belegung des Schaukastens und die langfristige Betreuung der Tennenloher SPD-Homepage.

### Top 2: Bericht des Kassenwarts

Kassier Gert Büttner gibt einen kurzen Überblick über die finanzielle Lage des Distrikts. Trotz der Sonderbelastung

durch einen rechtlichen Vergleich wegen einer Aussage im Tennenloher Bote konnte der Distrikt - nicht zuletzt durch die Solidarität der Distriktmitglieder – ein ausgeglichenes Endergebnis vorweisen.

Der Tennenloher Bote ist weiterhin auf den Zuschuss des Kreisverband angewiesen.

### Top 3: Bericht des Kassenprüfers und Entlastung

Kassenprüfer Klaus Speicher bestätigt, dass die Kasse geprüft und die Kassenerführung in bester Ordnung befunden wurde. Klaus bedankt sich bei Gert für die hervorragende Arbeit und bittet um die Entlastung. Die Kasse wird von den Anwesenden mit sechs Ja Stimmen bei einer Enthaltung und der Gesamtvorstand mit sieben Stimmen entlastet. Neuwahlen finden nicht statt.

Planungen für das neue Jahr werden auf einer eigenen Sitzung des Vorstandes diskutiert werden.

### Top 4: Tennenloher Bote

Redaktionsschluss für den nächsten Tennenloher Bote ist Ende des Monats. Rolf sammelt Themen und verteilt Aufgaben.

### Top 5: Gespräch mit anderen Distrikten

Rolf berichtet von dem Treffen von Distriktvertretern, das am 3. März in Bruck stattfand. Von den neun Distrikten waren sieben vertreten. Bei diesem ersten Treffen stellten sich die Distrikte gegenseitig vor und berichteten über Stärken und Schwächen in der jeweiligen Distriktarbeit. In folgenden Treffen sollen die Gespräche vertieft und die Zusammenarbeit der Distrikte verstärkt werden.

Hans Hauer

## Protokoll der Distriktversammlung vom 16.02.2022 in Tennenlohe

### Top 1: Aktuelles

Im Hutgraben an der Gründlacherstraße wurden drei kleinere Bäume gefällt. Rolf fragt nach, ob jemand weiß, wer dafür verantwortlich ist. Da die Wiese als Ausgleichsfläche für die Bahn gilt, will er dort nachfragen. Von Fritz erfahren wir, dass ein Pflgegrupp der Bahn zur fraglichen Zeit dort unterwegs war.

Die letzten Reden von Scholz und Stein-

meier wurden im Distrikt allgemein als sehr positiv beurteilt.

Die Vermittlung von Bundeskanzler Scholz im Russland-Ukraine-Konflikt scheint zu einer Entspannung der Krise und zu weiteren Verhandlungen zu führen.

### Top 2: Schulwegsituation

Im Rahmen der Schulwegdiskussion erweist sich der Übergang über den Hutgraben in die Dornbergstraße als besonders kritisch, da die Brücke sehr eng ist und auch nicht verbreitert werden kann (Landschaftsschutzgebiet).

Durch den Wohnungsbau in der Gründlacherstr. wird auch mit mehr Schulkindern gerechnet, die diese kritische Stelle benutzen werden. Verschiedene Vorschläge werden diskutiert. Reicht die aktuelle Markierung eines schmalen Fußweges oder sollte die Brücke für den KFZ-Verkehr nur als Einbahnstraße zugelassen oder ganz gesperrt werden? Hans macht den Vorschlag eine Befragung der Anwohner in der Dornberg und Gründlacherstr. durchzuführen und einen Fragebogen dazu zu erstellen.

### **Top 3: Nutzung des Roten Netz**

Gert und Klaus demonstrieren die Nutzung des Roten Netz, einer Informations- und Kommunikationsplattform der SPD für alle Mitglieder. Die Plattform bietet die Möglichkeit, sich in verschiedenen Gruppen an aktuellen Diskussionen zu beteiligen. So wurde bereits eine Gruppe für den Distrikt Tennenlohe eingerichtet, zu dem sich alle Mitglieder

möglichst bald anmelden sollen.

### **Top 4: Deutschland - Nato und Europa**

Wir diskutieren über einen Spiegel-Leserbrief von Willi, in dem er Sinn und Möglichkeit eines Austritts von Deutschland aus der Nato aufwirft. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass sich Russland durch das massive Auftreten der Nato an seiner Westgrenze bedroht fühlt. Könnte der Aufbau einer konzentrierten europäischen Armee mit Auflösung der NATO ein ausreichend starker Puffer zwischen Russland und USA bilden? Zwei wesentliche Gründe sprechen dagegen. In Deutschland ist keine demokratische Mehrheit für einen NATO-Austritt zu erwarten und die europäischen Nationalstaaten werden sich aktuell kaum zu einer gemeinsamen Armee überzeugen lassen. So bleibt momentan nur die Zusammenarbeit der einzelnen nationalen Armeen im Rahmen von PESCO zu optimieren.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir möchten euch hiermit zu einem besonderen Termin einladen: Am

**Mittwoch, den 06. April  
um 19:00 Uhr**

findet eine öffentliche Veranstaltung mit unserem OB Florian Janik im Gasthof Gütthlein (Dorfstraße 14, Büchenbach) statt.

## **Digitales Treffen des Distrikt West am 23.2.22**

Gemeinschaftliches Wohnen in einem Mehrgenerationenprojekt, das Alleinstehende, Paare und Familien einschließt: Das wird, wenn alles klappt, im Herbst 2023 im Baugebiet 412 für ca. 50 Menschen Wirklichkeit werden. In zwei dreigeschossigen Riegeln, die durch Gemeinschaftsräume verbunden sind, werden 24 Eigentumswohnungen von 60 bis 110 qm entstehen, in Holzbauweise mit KW40-Standard. Den Weg zu diesem Projekt, das unter dem Namen „RaumTeiler“ firmiert, beschrieben Evelyn Pepler und ihr Partner Rainier Korte. Frau Pepler ist eine von drei

Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Was tut sich im Stadtwesten? Vor Ort in Alterlangen und Büchenbach“, es werden aktuelle Themen aus unserem Distrikt (StUB, Stadtteilzentrum Alterlangen, Stadtteilhaus West, Büchenbach-Nord, Baugebiete etc.) diskutiert. Selbstverständlich werden die zu diesem Zeitpunkt gültigen Corona-Regeln beachtet.

Aufgrund dieser Veranstaltung findet im April keine reguläre Distriktsitzung statt.

Geschäftsführer\*innen von „RaumTeiler“ und betreute als ausgebildete Moderatorin den Gruppenfindungsprozess. In regelmäßigen Treffen und Gemeinschaftsaktionen lernten sich die zukünftigen Bewohner\*innen kennen, wodurch die Vertrauensgrundlage für das spätere Zusammenleben geschaffen wurde. Die Gemeinschaftsräume sollen auch für Veranstaltungen im Stadtteil Büchenbach offen sein.

Im Baugebiet 413, für das gerade der Bebauungsplan erstellt wird, sollen weitere Grundstücke für Baugruppen reserviert werden. Da das Wohnprojekt „RaumTeiler“ das Erste dieser Art in Büchenbach ist, können sich Interessierte nun bei den RaumTeilern wertvolle Unterstützung holen.

## **Distrikt West**

### **Vorsitzende:**

Katrin Hurlé

katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn

■ **AsF**

**Sprecherinnen:**

- Birgit Brod  
biggibrod@gmx.de
- Saskia Coerlin  
scoerlin@hotmail.com
- Valeria Fischer
- Katrin Hurlé  
katrin9290@googlemail.com
- Johanna Pfister

Liebe Genoss\*innen,

Die ASF hat im März eine Veranstaltungsreihe rund um das Thema "feministische Verkehrswende" gestartet mit dem Ziel, Frauen\* jeden Alters, unabhängig von Status und Einkommen miteinander zu vernetzen. Gemeinsam werden bedürfnisorientierte Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen der Mobilität und Sicherheit herausgearbeitet. Gerne möchten wir hiermit zu unserem nächsten Termin einladen:

Im Mai findet im Rahmen des Stadtviertel-Projekts "Altstadt trifft Burgberg" ein Workshop mit dem Titel "Fehlerfreundliche und inklusive Mobilität im Quartier" im Verein Dreycedern e.V. statt. Dort soll es um inklusive und fehlerfreundliche Mobilität gehen. "Fehlerfreundlichkeit" im Verkehr ist wichtig für Menschen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr

schnell laufen können oder nicht gut sehen oder hören. Konkrete Beispiele für fehlerfreundliche Ansätze sind längere Ampelschaltungen, breitere Radwege, öffentliche Sitzgelegenheiten, barrierefreie Kennzeichnungen, Fahrstühle oder Spielstraßen/30er-Zonen oder auch Herstellung verbesserter Sichtbeziehungen. Wir möchten die dort gewonnenen Sichtweisen in den kommenden Terminen weiter herausarbeiten und vor Ort konkrete Verbesserungsmöglichkeiten ausfindig machen. Darauf aufbauend findet u.a. im Sommer ein Qualitätscheck als Ortsbesichtigung statt. Anmeldungen zu dem Workshop

**am Sa., 7. Mai ab 10 Uhr**

bitte an [info@altstadt-trifft-burgberg.de](mailto:info@altstadt-trifft-burgberg.de) senden.

■ **AG 60plus**

**Vorsitzende:**

Monika Fath-Kelling  
Telefon: 897065  
[kellingmo@nefkom.net](mailto:kellingmo@nefkom.net)

**Protokoll der Mitgliederversammlung vom 9. März 2022 in der Thalmühle, Erlangen**

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung, Persönliche Runde
2. Thema Friedensarbeit in Vorbereitung auf die April-KMV
3. Aktuelles

**Top 1: Begrüßung durch die Vorsitzende Monika Fath-Kelling.**

Innerhalb der persönlichen Runde stellt Hartmut als stellvertretender Vorsitzender des Seniorenbeirats die Broschüre „Aufgepasst“ des Seniorenbeirats der Stadt Erlangen vor. Sie liegt im Rathaus aus und erscheint 4x jährlich. Monika kümmert sich darum, die Broschüre in der AG 60+ bekannt zu machen und Exemplare für die Teilnehmer an den AG60+-Sitzungen vorzuhalten. Außerdem weist Hartmut auf zwei Veranstaltungen im Rahmen der VHS hin: Zum einen das Rollator-Training, das durch den TV48 Erlangen angeboten wird, sowie ein Themenfrühstück „Hilfe und Trost am Ende des Lebens“.

Das Format „Themenfrühstück“ wird künftig noch mit weiteren Themen auf sich aufmerksam machen. Wir begrüßen diese Initiative des Seniorenbeirats ausdrücklich.

Er berichtet von einem Treffen mit der IGM, dort wurde der Wunsch geäußert, die gemeinsamen Filmnachmittage wieder aufleben zu lassen. Die technische Logistik ist noch bei der IGM vor Ort, er verteilt eine aktuelle Film-Broschüre. Wir möchten auch gern „dranbleiben“ an dieser schönen Tradition. Ebenso soll die herzliche Partnerschaft mit Jena unbedingt weitergepflegt werden, auch wenn durch den Tod des Beiratsvorsitzenden von Jena und Corona die Wiederaufnahme der Besuche nicht im gewohnten Kanal getätigt werden kann. Da sieht Monika jedoch eher den Seniorenbeirat „in der Verantwortung“, gern unterstützt und begleitet auch unsere AG60+.

Herdith berichtet von ihrem Ärger mit Stadtbussen, die so oft nicht kommen, wie sie sollen. Des Weiteren schlägt sie vor, eine zusätzliche Haltestelle der Kliniklinie am Altstädter Friedhof prüfen zu lassen. Wibke fügt an, die Taktzeiten der Buslinie nach Erlangen-Dechsendorf sollten am Abend erweitert werden, sie fahren bisher nur jede Stunde, das gilt

auch für den Sonntag, das schmälert die Attraktivität des Öffi (öffentlichen Nahverkehrs) schon sehr. Auch könnte geprüft werden, ob die Kliniklinie nicht 1x/Stunde bis zum Waldkrankenhaus/Rathsstift weiterfahren kann.

Hem „fühlt einen Anflug von Depression“, seit am Donnerstag, 3. März 2022 Bundeskanzler Scholz zusätzliche Rüstungsausgaben in Höhe von 100 Mrd. € + 2% des BIP künftig für die Nato bekannt gab. Auch was den Rest der hochgejubelten Rede angeht, erinnerten die Anwesenden unserer Sitzung etwas abweichende „historische Wirklichkeiten“ des Kriegsendes und der Nachkriegszeit. Aber als unser Friedensbeauftragter gibt er sicher nicht auf, er wird weiter an diesem dicken Brett bohren. Das war der perfekte Einstieg in die Diskussion,

### TOP 2

Das Interessanteste daran war, wie vorsichtig abgetastet wurde, in wie weit die Anwesenden der öffentlichen

Meinungsvorgabe folgen, oder eine eigenständige Haltung gepflegt wird. Das letztere wurde schnell klar, die Diskussion sehr offen. Als Ergebnispunkte möchten wir betonen, dass wir die Fortsetzung der Städtepartnerschaft Erlangen-Wladimir fordern, dass wir hinter der gemeinsamen Stellungnahme der Oberbürgermeister von Erlangen und Jena stehen und es sehr begrüßen, wie sich unsere Stadtspitze mit Umsicht und Nachdruck der zu erwartenden Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet annimmt.

### TOP 3 Aktuelles, die gemeinsam mit den Jusos und der AsF zu gestaltende KMV im April zum Thema Friedenspolitik.

Monika legt einen Beitrag zur digitalen Sonder-KMV am 10.03.22 vor, den wir ausführlich besprechen und uns damit einig erklären. Willy Brandts Worte „Wandel durch Annäherung“ gelten für uns nach wie vor.

Protokoll: Renate Schmidt und Monika Fath-Kelling

Liebe Genossinnen und Genossen, die nächste Sitzung des AK Umwelt und Energie findet statt

**am Mittwoch, den 11.5.,  
um 20 Uhr.**

Da im Online-Format von einigen TeilnehmerInnen auch Vorteile gesehen wurden, bleiben wir für das kommende Treffen dabei. Der Link ist:

**<https://meet.jit.si/SPDA-KUmwelt110522>**

Liebe Jusos, im April 2022 treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:

- 05.04.: Internationales - Wahlen in Ungarn und Frankreich
- 15.04.: Jobgarantie

Aufgrund der pandemischen Lage ist noch unsicher, ob die Sitzungen in Präsenz oder im digitalen Raum stattfinden. Weitere Informationen und einen

Alternative Einwahl per Telefon:

**+1.512.647.1431 PIN:  
990738815#**

Thema wird unter anderem wieder die Frage PV-/Solarthermiefreiflächenanlagen in Erlangen sein. Weitere Themen dürfen gerne ebenfalls eingebracht werden.

Mit solidarischen Grüßen  
Andreas Richter

## ■ AK Umwelt und Energie

Dr. Andreas Richter

## ■ Jusos

**Vorsitzende:**

Mark Schuster  
Sophia Waldmann  
[info@jusos-erlangen.de](mailto:info@jusos-erlangen.de)

möglichen Einwahl-Link oder Adresse der Präsenzsitzung geben wir natürlich auf Slack oder per Mail bekannt. Ebenso kann es natürlich zu Änderungen in den Themen kommen.

Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.

Euer Vorstand

# Frauenempfang mit Bärbel Bas

**Von Sandra Radue**  
Kreisvorsitzende



War das schön, dass in diesem Jahr wieder ein Frauenempfang stattfinden konnte! Traditionell ist dieses Ereignis das „Highlight“ des Veranstaltungsjahres des SPD Unterbezirks Erlangen. Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März kommen hier Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, um diesen Tag zu feiern.



In diesem Jahr hatte unsere Bundestagsabgeordnete Martina Stamm-Fibich ihre Verbindungen spielen lassen und einen besonderen Gast eingeladen. Mit Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestags, sprach die zweithöchste

Frauenwahlrechts in Deutschland noch lange nicht in allen Bereichen Gleichberechtigung herrscht. Die Forderungen nach einer gerechten Aufteilung von Care-Arbeit, nach gleicher Bezahlung und Repräsentanz in allen Bereichen unserer Gesellschaft sind immer noch gerechtfertigt. Auch auf die

aktuelle Situation in der Ukraine ging Bärbel Bas ein. Dabei machte sie deutlich, wie Frauen besonders unter Krieg leiden und welche Bedürfnisse hier bei der Aufnahme von Geflüchteten besonders zu berücksichtigen sind.

In einer anschließenden Diskussionsrunde wurde erläutert, wie es erreicht werden kann, dass auch in den Parlamenten Frauen mehr Einfluss gewinnen und ihre Interessen durchsetzen können. Martina Stamm-Fibich hatte dazu Heide Matischek auf das Podium gebeten, ihre Vorgängerin und langjährige Bundestagsabgeordnete für Erlangen. Sie konnte aus ihrer Zeit im Erlanger Stadtrat und aus dem Bundestag viele Erfahrungen schildern. Sie führte sehr anschaulich



ein wichtiges Instrument sind, den Frauenanteil in Parlamenten zu erhöhen. Bärbel Bas machte deutlich, dass auch im parlamentarischen Tagesgeschäft noch zu wenig auf familienfreundliche Arbeitszeiten geachtet wird. Davon würden nicht nur Frauen, sondern Familien



insgesamt profitieren. Grundsätzlich sei eine Stundenreduzierung in allen Bereichen nötig, um Familien zu entlasten und eine gleichberechtigte Kinderbetreuung zu gewährleisten. Die Schuss- und Dankesworte sprach Bezirksrätin Gisela Niclas, die zudem alle Frauen ermutigte, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um ihre Interessen nicht nur im Hinblick auf eine gerechte Bezahlung durchzusetzen.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung, die in einem kleinen Sektempfang mündete, vom Frauenchor Dezi-bella, der ausdrucksstark verdeutlichte, wie wunderbar es klingt, wenn Frauen ihre Stimme erheben – und das nicht nur zum Internationalen Frauentag.

Die jüngere Generation sprach Eda Simsek, die für die SPD seit 2020 im Erlanger Stadtrat sitzt. Sie stellte

eindrucksvoll dar, dass Frauenförderung oft durch Ermutigung und Begleitung funktioniert und Mentorenprogramme



Fotos: Günter Laurer

Repräsentantin unserer Demokratie zu uns. In ihrer Rede machte sie deutlich, dass auch 104 Jahre nach Einführung des

eindrucksvoll dar, dass Frauenförderung oft durch Ermutigung und Begleitung funktioniert und Mentorenprogramme